

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Frauen- und Jugendbeleg monatlich 80 Pf.
durch die Post bezogen jährlich 8.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Ostereisland 10.00 — Erhalten tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Zwingertstraße 14. IL. Tel. 8465.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Zwingertstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Spaltenweite mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaligen
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insetate müssen
bis spätestens 7,10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 190.

Dresden, Donnerstag den 18. August 1910.

21. Jahrg.

Kapitalistischer Interessentritt und Sozialdemokratie.

Der liberal-kapitalistische Hansabund muß mit Not und Nöte durch die mannigfachen Widersprüche durchzulabieren versuchen, die aus den verschiedenlich abgestuften Interessentrittungen seiner Mitgliedschaften hervorgehen. Der Hansabund will eine wirtschaftliche Vereinigung sein „zur Förderung der gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie“. Es ist aber unmöglich, ein klares Programm dieser „gemeinsamen Interessen“ aufzustellen, und bei jedem neuen Rückschlag muß der Hansabund Erklärungen abgeben, daß er sich mit dieser oder jener Aufgabe nicht befassen dürfe, weil es sich nicht um die „gemeinsamen Interessen“ handle. So bleibt andauernd unter den Anhänger des Hansabundes der Streit darüber, was eigentlich dieser Bund bedeuten solle und was er bezweckt.

Zeit hat eine briefliche Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden des Hansabundes Professor Dr. Pfeiffer und dem Reichspräsidenten H. v. Pöckmann, einem bayerischen Bundesmitglied, stattgefunden, die von neuem beweist, wie sehr es in diesem Punkte auseinander und durcheinander geht. Freier Herr v. Pöckmann schrieb kürzlich an Pfeiffer u. a. folgendes:

„Zeit unserem letzten Briefwechsel verfolge ich mit immer noch steigender Sorge die Richtung, in welcher, man kann nicht sagen, die liberale Politik sich bewegt, sondern eine in den liberalen Kreisen zur Herrschaft gelangene rabuliste Strömung in die öffentliche Meinung hineintrifft. Ich spreche an dieser Stelle nicht davon, was für das Vaterland, auch nicht davon, was für den Liberalismus selbst auf dem Spiele steht, von dem nichts gewisser ist, als daß er sich selbst vernichtet, wenn der liberalen „Junge nach links“ nicht bald und mit aller Kraftschleunigkeit Halt getan wird. Ich komme heute und hier nur auf die Frage zurück, ob denn für das „erwerbende Bürgertum“, als der Hansabund vertreten will, etwa nichts auf dem Spiele steht, wenn man sich, unter dem Namen des Kampfes gegen die Reaktion das Deutsche Reich an die Sozialdemokratie zu vertritt. Unzweifelhaft gibt es doch auch für das „Industrie, Handel und Gewerbe tätige Bürgertum“, und gerade für dieses keinen gefährlicheren, was sage ich, keinen auch nur annähernd gleich gefährlichen Feind wie die Sozialdemokratie; und wenn der Hansabund die bürgerlichen Interessen wahrnehmen will, muß er das ganze Schwergewicht seines Einflusses aufweisen, um alle die diesen gefährlichen Feind unseres öffentlichen Lebens zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufzurufen und zu sammeln. Wenn der Hansabund hier verliert; wenn er nur eine Kampfstellung nach rechts und keine nach links, so heißt das nichts anderes, als daß er sich dem Bürgertum, als dessen Vorkämpfer im öffentlichen Leben er sich auszugeben hat, einer Partei preisgibt, von der alle, aber auch alle bürgerlichen Interessen eben dieses Bürgertums theoretisch verneint und praktisch auf Leben und Tod bekämpft werden. Ich würde es mit meinem politischen Gewissen nicht vereinbaren können, dem Hansabund länger anzugucken, wenn er länger unterlassen sollte, sich zum offenen Kampfe gegen die Sozialdemokratie offen und rücksichtslos zu bekennen. Mir schwebt immer vor Augen, in alter, treuer Ergebenheit Ihr H. v. Pöckmann.“

Der bayerische Freiherr v. Pöckmann gehört also zu den Mitgliedern des Hansabundes, die eine Förderung der „gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie“ in erster Linie in dem entscheidenden Kampfe gegen die Sozialdemokratie sehen. Es liegen eine ganze Menge von großindustriellen Scharmachern im Hansabund und sie haben ihre Vertreter auch im Vorstand des Bundes. Diese Leute wünschen die Aufnahme in den Konventionen und Kongressen und Vorarbeiten gegen die Sozialdemokratie. Sie sind höchst unzufrieden, daß der Hansabund gegenwärtig, wie sie meist „dem „Junge nach links““ stattgibt. Sie drohen mit Austritt und Rebellion. Freiherr v. Pöckmann begründet seine Abneigung gegen die gegenwärtige Haltung des Hansabundes mit der Bemerkung, daß das Bürgertum seinen auch nur annähernd gleich gefährlichen Feind wie die Sozialdemokratie habe. Natürlich denkt dieser Freiherr, wenn er vom „Bürgertum“ redet, an sich und seine Gleichgesinnten, an die Herren der Industrie und des Handels, an die Kapitalisten. Der Hansabund will aber gerade den Versuch machen, auch die Angehörigen anderer sozialer Schichten, insbesondere die technischen und kaufmännischen Angestellten, in sich aufzunehmen. Die paar Großindustriellen können wohl die reichlichen Geldmittel hergeben, aber man braucht auch eine Menge von Mitteln. Die große soziale Schicht der Angestellten hat aber ganz andere wirtschaftliche und politische Interessen als diejenigen sind, für die der Freiherr v. Pöckmann seinen scharfmacherischen Brief losließ.

Der Hansabund ist aber im Hansabund auch der Gegensatz zwischen Industrialisten einerseits und Handels- und Finanzkapitalisten andererseits. Die Handels- und Finanzkapitalisten, zu deren wissenschaftlichen Vertretern Professor Pfeiffer zählt, empfinden den Gegensatz zur Arbeiterklasse nicht so unmittelbar wie die Industriekapitalisten, die sich immer hart an der streikbewegte gewerkschaftliche Klassenfront befinden; sie empfinden dagegen den Gegensatz zum landwirtschaftlichen, handelsfeindlichen Agrarierstand unmittelbar und fortwährend. So kommt es, daß der Vorsitzende des Hansabundes sich nicht in der Lage sieht, die Wünsche des Reichspräsidenten v. Pöckmann zu erfüllen. Er erwiderte ihm: „Der Reichspräsident Herr Baron! Ihre geschätzten Zeilen bringen Begehrten zum Ausdruck, die gemäß von mancher Seite gestellt worden. Sie bezeugen sich in so hohem Maße ausdrücklich auf das Gebiet unserer Parteipolitik, daß der Hansabund sich mit seinen Erklärungen und sonstigen programmatischen Erklärungen in Widerspruch setzen mußte, wenn er dieses Gebiet betreten wollte. Der Hansabund ist eine zum Schutze und zur Förderung der gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie begründete wirtschaftliche Vereinigung, welche politische Ziele nur insoweit verfolgen kann, als sie durch sein wirtschaftliches Programm bedingt sind, sich demgemäß weder in einen direkten Parteikampf einlassen, noch auf eine bestimmte Parteirichtung festlegen kann. Wenn wir nicht die von Ihnen in Aussicht gestellte Veröffentlichung unserer Verfassung im Interesse unserer gemeinsamen Sache dieserseits auferlegt, würde ich die vorerwähnten Gründe, die ich für ausschlaggebend halte, gerne noch durch weitere Ausführungen ergänzen. Ich möchte aber betonen, daß Ihr Vorschlag, der Hansabund möge „alle ihm erreichbaren Kräfte unseres öffentlichen Lebens zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufrufen und sammeln“, nach meiner Ueberzeugung überdies ein Versuch mit untauglichen Mitteln wäre. Das nicht zu leugnende, insbesondere bei den letzten Reichstagsverhandlungen zutage getretene Uebelwollen zahlloser Elemente aus dem bürgerlichen Lager zur Sozialdemokratie hat ohne jeder Zweifel seine wesentlichen Ursachen in der bis zur Erbitterung gesteigerten Unzufriedenheit dieser Elemente mit der heutigen wirtschafts- und finanzpolitisch. Es kommt lediglich darauf an, diese Ursache zu beseitigen.“

Der Hansabund möchte Reichspräsidenten wie den Reichspräsidenten v. Pöckmann nicht verlieren. Er erklärt auch keineswegs, daß der Hansabund nicht feindselig gegen die Sozialdemokratie sein sollte. Er lehnt den Versuch der „Sammeln aller erreichbaren Kräfte gegen die Sozialdemokratie“ nur ab, weil es ein ausfichtsloser Versuch sei. Der Hansabund soll vielmehr die „heutige wirtschafts- und finanzpolitisch“ beseitigen helfen, das heißt die Politik, die die Konservativen mit dem Zentrum und den schaujolerischen Nationalliberalen betrieben haben, die im wucherischen Zolltarif und in den letzten Steuererlassen ihre Höhepunkte fand. Würden diese agrarisch-reaktionären Ausschüßel der deutschen Wirtschaftspolitik beseitigt werden, dann, ja dann würde auch Herr Reichspräsident Pfeiffer mit Freiherrn v. Pöckmann und anderen kapitalistischen Scharmachern sich viel leichter über die „gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie“ verständigen können.

Es zeigt sich, daß in den gegenwärtigen Zeitläuften mit der Phrase von den „gemeinsamen Interessen des Bürgertums“ nicht so leicht politische Zwecke zu machen sind. Diese Phrase zielt auf den harten Kern des wirklichen Lebens; einmal an den heftigen Interessengegenständen, die zwischen den einzelnen Gruppen des Kapitalismus bestehen, andererseits und vor allem daran, daß breite Volksschichten, wie die Kräfte- und Lohnschichten, die von den Kapitalisten gern für das „Bürgertum“ in Anspruch genommen werden, doch ganz andere Interessen haben als die Herren der Industrie.

Hansabundler und Landwirtschaftler.

Wach der Querschnitt zwischen den beiden Bänden wegen des agrarischen Vorkommens in die Richtung des Bundes der Landwirtschaftler eine Erklärung, in der es heißt:

„Dieses Vorgehen des Hansabundes enthält eine bis dahin im politischen Leben völlig ungewöhnliche Drohung, die den Anschein erwecken soll, als ob durch den Bund der Landwirtschaftler bewirkt werden würden die bisherigen Handlungen werden seien. In der Erklärung des Hansabundes tritt die Absicht der einseitigen Bekämpfung des Bundes der Landwirtschaftler sehr hervor. Unter Aufstellung von angeblichen Vorurteilen wird dem Bund der Landwirtschaftler etwas angelastet, wozu von den leitenden Organen des Bundes niemals in irgend welcher Weise aufgefordert worden ist. Die Erklärung gegen den Bund der Landwirtschaftler ist um so auffälliger, als er der Hansabund es unterläßt, gegen den Vorkommens, was er in einer tatsächlichen gefährlichen Weise in Wirklichkeit geübt wird: nämlich seitens der Sozialdemokratie.“

Wir bitten nun unsere Mitglieder, uns ihrerseits mitzuteilen, wenn der Hansabund sie in irgendeiner Weise seinen Androhung entsprechende zu belangen sucht. Wir werden unser Vorkommens, in der sicheren Ueberzeugung, daß ungesetzliche Handlungen nicht begangen worden sind, selbstverständlich vertreten.“

Der Vorstand des Bundes der Landwirtschaftler bestreitet damit, daß der Bund oder seine Mitglieder ungesetzliche Handlungen begangen oder bestreitet oder nicht, daß Landwirtschaftler tatsächlich von den Agrariern boykottiert werden, er hält nur eine solche Handlungsweise nicht für ungesetzlich.

Der Versuch, die Sozialdemokratie auf eine Stufe mit dem Bund der Landwirtschaftler zu stellen, ist nur als albern zu bezeichnen. Die Sozialdemokratie tritt programmatisch für die volle politische Freiheit und Unabhängigkeit der Staatsbürger und daher auch für die gleiche Wahlberechtigung bei allen Wahlen ein, während die Agrarier beständig das genaue Gegenteil davon tun. Niemals hat der Vorkommens oder ein anderes sozialdemokratisches Blatt in ähnlicher Weise für Boykottierung der Mitglieder gegnerischer Organisationen aufgerufen, wie es die Deutsche Tageszeitung, das Zentralorgan der Bund der Landwirtschaftler, nach in den letzten Tagen getan hat. Der Bund der Landwirtschaftler, den die Berliner Genossen der letzten Landtagswahl an der Spitze an der öffentlichen Meinung für alle Verhältnisse Mittel, den Terrorismus der öffentlichen Wahl für alle Verhältnisse zu machen. — Umgekehrt ist es aber der Bund der Landwirtschaftler, der unter allen Umständen an der öffentlichen Meinung festhalten will. Da kann man also genau sehen, wo der Vorkommens in einer tatsächlichen gefährlichen Weise in Wirklichkeit geübt wird.“

Die Mittelungen des Hansabundes zeigen inzwischen den Kampf gegen den agrarischen Terror fort; sie schreiben:

„Die Sorge der Herren (vom Bund der Landwirtschaftler) ist nicht so unbedeutend, denn der Hansabund ist entschlossen, in dieser Angelegenheit seinen Tisch zu machen und ein für allemal dafür

zu sorgen, daß der gewerbetreibende innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs nicht vor wirtschaftlichen Bedrohungen durch den brutalen Terrorismus einzelner Interessentengruppen seine politischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen frei zum Ausdruck bringen darf.“

Wird der Hansabund dieses Ziel erreichen, so wird er allerdings den Bund der Landwirtschaftler aufs allerchärfste bekämpfen können.

Der erste Einhaltsbefehl gegen das Streikrecht.

tr. Reuport, 7. August.

Seit dem Bundes-Stabe-Urteil gegen Compers, Mitchell und Morrison, die Leiter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, sind in den Verächtern der Vereinigten Staaten Entscheidungen, die es den Arbeitern verwehren, gegen kapitalistische Verdrängung mit dem Kampfmittel des Boykotts zu reagieren, an der Tagesordnung. Der sensationelle Fall dieser Art war der des Nuttmacherverbands, der von dem Bundesgericht zu Danbury wegen Boykotts zu 225 000 Dollars Schadensersatz verurteilt wurde, nachdem schon vorher nicht nur die Verbändnisse, sondern sogar die privaten Sparentlagen von Verbandsmitgliedern zugunsten des boykottierten Fabrikanten „Konkurrenz“ worden waren. Mit dem Raub am Boykottrecht und an den Gewerkschaftsrechten ist die Verhängung der amerikanischen Klassenjustiz noch lange nicht erschöpft. Der neueste und bisher auch der freieste Angriff auf die Arbeiterrechte in diesem „Land der Freien“ wurde dieser Tage aus Boston, der Hauptstadt des hochindustrialen New-England, gemeldet. Dort hat Richter Richardson am 29. Juli einen Einhaltsbefehl erlassen, durch den sowohl den Mitgliedern wie den Beamten des Verbands der Photo-Graveur unterzogen wird, Arbeiter der Firma Jolson u. Smergen durch Entschädigung oder Ueberzahlung zu veranlassen, ihr Arbeitsverhältnis aus einem der in der Klage genannten Gründen zu lösen.“ Jolson u. Smergen hatten sich geweigert, mit der Gewerkschaft zu verhandeln, deren sämtliche Schreien diese Vorgehen unbeantwortet ließen, und daraufhin traten dann die organisierten Arbeiter dieses Establishments am 25. Juli in den Streik.

Die Entschädigung besteht auf dem Shermanischen Anti-Trust-Gesetz, das seit Jahren gegen die Gewerkschaften, an die der Arbeitgeber seinerzeit zugestandenemweise gar nicht gedacht hat, mit der größten Rigorosität angehandelt wird, während die Truist unter dem Gesetz gute Tage haben; konnten doch die amerikanischen Zeitungen im Laufe der letzten vier Wochen von der Ausgrenzung eines Schiffsbauers, eines Brot, eines Automobilbauers und eines Baumwoll-Trusts berichten, ohne daß sich in einem einzigen dieser Fälle irgendein Staatsanwalt die Mühe machte, es ist der reine Zufall, wie der getriebene Richter dieses aus dem demagogischen Rednerischen Kleinstädtchen geborene Anti-Monopol-Gesetz auf die Gewerkschaften anwendet, die er als Verdrängungen von Monopollen bezeichnet. „Jugengebunden“ heißt es in dem Urteil, „daß es der Wunsch und die Hoffnung der Arbeiterverbände ist, alle Arbeiter zu Mitgliedern solcher Verbände zu machen. Wenn dieses Ziel erreicht werden sollte, wäre es klar, daß die Gewerkschaften dann den Arbeitsmarkt kontrollieren könnten, sowohl nach der Seite der Arbeitgeber, wie der Arbeiter hin, oder daß sie dann ein vollständiges Monopol auf dem Arbeitsmarkt ausüben würden, das sich mit dem Rechte des Publikums auf einen freien Arbeitsmarkt nicht verträgt. Wenn ein Arbeitsmarkt, gefüllt mit Arbeitern, die durch die Regeln der Gewerkschaften gebunden sind, wie sie jetzt bestehen, würde in seiner Weise als freier Arbeitsmarkt gelten können. Es würde damit eine Lage geschaffen werden, gleich schädlich den geschäftlichen Parteien, wie auch allen jenen, die daran interessiert sind, daß der fundamentale Grundgesetz der Freiheit in solchen Dingen in unserem Lande aufrecht erhalten wird.“

Dieser Einhaltsbefehl ist offenbar der einschneidendste, der bisher gegen eine amerikanische Gewerkschaft erlassen wurde, wird dem Verband der Photo-Graveure von Boston damit doch direkt die Weiterführung des Streiks unterzogen und sogar die frieliche Streikführung durch einzelne Mitglieder zu einem Verbrechen gestempelt. Selbst wenn dieser neueste gerichtliche Vergeblichkeitsversuch jetzt sämtliche Arbeiter der Firma Jolson u. Smergen in den Streik zurückbringe würde, ohne daß es dazu weiterer friedlicher oder sonstiger Einwirkungen von irgendwelcher Seite bedürfte, immerhin würde die Stellung des Ausmaßes und gar die Auskultation von Streikunterstützungen durch die Gewerkschaft noch als „Mißachtung des Gerichts“ mit Freiheitsstrafe bedroht sein, die bekanntlich im Falle Compers auf ein Jahr Gefängnis lautete. Der Einhaltsbefehl des Richters Richardson ist, wenn er in den höheren Instanzen bestätigt wird, um so gefährlicher für die amerikanische Arbeiterbewegung, als ein einmal vorhandener gerichtlicher Präzedenzfall in der sogenannten Rechtspflege der Vereinigten Staaten eine viel größere Tragweite hat, als in anderen Ländern.

Allerdings ist der weise und gerechte Richter nicht der Mann, das Streiken ganz und gar zu verbieten. Er schlägt das Streikrecht nur an zwei kleine Bedingungen. Erstens darf nur um unmittelbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der unmittelbar Beteiligten getreut werden, und zweitens muß die Initiative zum Streik immer von den Streikern selber ausgehen. Das ist die tatsächliche Verneinung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, soweit dieses über die Verdrängung eines einzelnen Verdrängtes oder über den Ausschluß des begreift eines einzelnen Unternehmens oder Unternehmens hindurchverdrängt. Weiter ist der Richter so gnädig, zuzugeben, daß die Streiker „in dem einen oder anderen Falle die Pflicht (!) das Recht haben, den Bestand der Gewerkschaft, der sie angehören, zur Rettung des Streiks in Anspruch zu nehmen“. Hier haben wir den ersten, noch etwas bedacht aufstrebenden Versuch der amerikanischen Justiz, die Organisation und Finanzierung von Streikführern durch die Gewerkschaften unmöglich zu machen! Hinter jenen schmeibaren Jugendschänken an das Streikrecht verbergen sich gerade die gemeinsamen Entschätzungen der Richter.

Indem der Richter Richter darauf hinausdringt, die Arbeiter der einzelnen Betriebe zu isolieren, indem er einen Streik, der nicht aus ökonomischen Gründen der direkt Beteiligten geführt wird, in jedem Falle für illegal erklärt, verlegt er der allgemeinen Arbeiterkollektivität einen Schlag, den mit rein gewerkschaftlichen Mitteln zu parieren

Vertical text on the far left margin, containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the far right margin, containing various small notices and advertisements.

Konsum-Verein Vorwärts

Sonnabend den 20. d. Mts., vormittags 8 Uhr, eröffnen wir in unserem Neubau **Königsbrücker Strasse 38** unser neu eingerichtetes

Manufaktur-, Konfektions- und Schuhwaren-Geschäft.

Wir bitten unsere werten Mitglieder, durch regen Besuch dieses neue Unternehmen unterstützen zu wollen.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. ländlichen Reichstagswahlkreis.

Vereinssitzung: 20. Aug., 9 Uhr, im Gasthof Oberpfeffermühl, Leubener, Eisenstr. 77 G. I. Berichter: Kurt Deuben Nr. 774.

Durchschnitt: Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und 5 bis 8 Uhr, Freitag von 7 bis 10 Uhr abends.

Bezirk Gorbitz.

Sonnabend den 20. August, abends 9 Uhr, im Gasthof Oberpfeffermühl: **Mitglieder-Versammlung**. Tagesordnung: 1. Vortrag über Wert des Turnens. Referent: Genosse Wolf, Deuben. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinstätigkeiten. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Bezirk Briesnitz-Leutewitz.

Sonnabend den 20. August, abends 9 Uhr, im Gasthof zur Höhe. Leutewitz: **Mitglieder-Versammlung**. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen F. Düvell: **Erwerb, die eiserne Werke**. (Mit Illustrationen.) 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Gemeinderatsberichte. 4. Vereinstätigkeiten. **Werte Mitglieder!** In der letzten Zeit ließ der Besuch unserer Mitgliederversammlungen viel zu wünschen übrig. Dies kann und darf nicht so weiter gehen. Es ist Pflicht der Genossinnen und Genossen, die Mitglieder-Versammlungen zu besuchen. Der Vorstand.

Vereinigung f. Volksbildung u. Kunstpflege

Sonntag den 21. August, nachmittags 4 Uhr im Linckeschen Bade

Konzert

Dresdner Lehrer-Gesangvereins

Eintrittskarten zu 85 Pf. sind im Bureau des Gewerkschaftskartells, Ritzsbergstr. 4, I., in der Volksbuchhandlung, Zwingerstr. 14, an den in der Kunstbeilage bekanntgegebenen Stellen und bei sämtlichen Vertrauensleuten der Gewerkschaften zu haben.

Prießnitzbad Gr. Monster-Konzert

Morgen Freitag: ausgeführt von den Artilleriekapellen Nr. 12 u. 48. H. a. kommt zur Aufführung: **Schlachtenouvertüre 1870-71** von Carlo unter Mitwirkung eines Tambourmajors. Anfang halb 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Mod. Kinderwagen billig zu verkaufen. **Nachlass u. and. Betten** kann stets bezogen werden. **Wollwaren** Matratzen etc.

Gasthof Leuben.

Sonnabend den 20. und Sonntag den 21. August im Garten-Salon:

Humoristisches Konzert d. Bobe-Sänger

7 Humoristen, Solisten und Instrumentalisten. Anfang: Sonnabend 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. — Eintritt nur 20 Pf.

Sonntag den 21. August, nachmittags 4 Uhr, im großen Saal:

Öffentliche Ballmusik.

Langmarten 60 Pf.

Es laden ergebenst ein **E. Helze und Frau.**



Grösste Raubtier-Dressur-Schau der Erde.

Letzte Woche!

Unwiderruflich letzter Tag: Sonntag den 21. August

Hente Donnerstag den 18. August

2 große Gala-Vorstellungen

nachmittags 4 und abends 8 1/2 Uhr.

Täglich vorm. von 10-12 1/2 Uhr Besichtigung der Stallzone sowie Bejohnung der Fütterung und Proben gegen ein Entree von 30 Pf. für Erwachsene und 20 Pf. für Kinder gestattet.

Billetts-Vorverkauf im Warenhaus Herfeld (Verkehrs-Abteilung) und an der Tageskasse, Baireuther Strasse.

E. Schurigs Restaurant
14 Eiserstrasse 14
Grösser Mittagstisch.
Freitag: 615. Schlachtfest

Verkehrs-Lokal der Modelldischer.

Leib-Binden
Rich. Freisleben
Postplatz.

Onkel Toms Hütte

Freitag den 19. August, am Tage der Einweihung des neuen Schlossparks

Garten-Freikonzert

ausgeführt von der gesamten Kgl. Bergmusik-Kapelle. Der Abend

Radeberg.

Sonnabend den 20. August veranstaltet die Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes ein

Großes Garten-Konzert.

Dazu sind die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften eingeladen und hoffen auf zahlreiches Erscheinen. Das Gewerkschaftsamt

N.B. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

A. Mäuser Restaurant zur Mielkener Bännderei

Dresden-Miokten, Cornichonstraße, 64 **Leubener Hof, Elisenstraße, 20** **Leubener Hof, Elisenstraße, 20**

Es laden ergebenst ein

A. Ritter & Co.

Kinematograph

Radebeul, Dresdner Str. 10

Leuben, Schulstr. 5

ununterbrochene Dauer-Vorstellung

Sonntag von 2-11 Uhr, Freitag, Sonnabend und Sonntag von 5-11 Uhr

Es laden ergebenst ein

Honigkuchen-Bäckerei

im Sommerfesten, Verlosungen u. sonstigen Veranstaltungen

Die Ware frei Kostlos und nehme bei höchstem Wetter oder schwachem Besuch die Ware anstandslos zurück.

Gustav Kegel, Dresden-Miokten, Vühnstr. 18.

Eine Raßnladung

Ellykohle

Best für Ofen, sowie eine Ladung bester böhmischer Braunkohle ist am Schifferhandl eingetroffen und befindet sich zum billigsten Tagespreis. Bäume wie seit Jahren bekannt nur 1a Qualität.

Oswin Biobach. Niederlage: Schamissostr. 4.

Tüchtige Polierer

Sucht für dauernd **Poliermaschinen** Meißner, Stuttgart.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil **Gerhard Flehner, Dresden.** Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Robert Seuthold, Dresden-Miokten.** Druck und Verlag: **Raben & Korb, Dresden.**

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 190.

Dresden, Donnerstag den 18. August 1910.

21. Jahrgang.

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer.

(Fortsetzung.)

Arbeitslosenfrage.

Durch die ausgebreitete Wirtschaftskrise in den letzten Jahren war das Elend der Arbeitslosigkeit wiederholt so stark und erschütternd empfunden, daß sich verschiedene kommunale Körperschaften gegenseitig bemühten, Maßnahmen dagegen einzuleiten, die allerdings in vielfältiger Weise durchweg oder völlig unzureichend waren. Doch nicht selten fehlte in den meisten Fällen nicht daran, wenn auch nicht die sozialdemokratischen Vertreter und die Gewerkschaften getrieben und energisch gefordert hätten. Diese Aufgabe übertrug sich auch die sozialdemokratische Fraktion des Landtags. Sie kam noch eingehender Beratungen zu dem Entschluß, von der Regierung zu fordern, die Gemeinden zu ausreichender Hilfe zur Steuerung der Arbeitslosenfrage zu veranlassen und hierzu den Gemeinden Staatsunterstützungen zu gewähren. Der zu diesem Zweck eingelegte sozialdemokratische Antrag hatte folgenden Wortlaut:

- Die Kammer wolle beschließen:
1. Die Regierung zu ersuchen, zur Verringerung der durch Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage folgende Maßnahmen einzuleiten:
 - a) die Gemeinden des Landes zu veranlassen:
 - i) unter größtmöglicher Verwendung der Sparassessorenüberschüsse, Zuschußbeiträge u. d. m. einen Arbeitslosenfond zu einrichten, auf welchem Fonds beschäftigungslose Arbeiter, die einer Arbeitslosenfrage angehören, einen Zuschuß zu dem Unterhaltungsbedürfnis ihrer Familie zu gewähren, der in der Regel 50 Prozent des üblichen Betrages betragen soll,
 - ii) allen anderen Arbeitern zu ermöglichen, durch Beiträge zu diesem Fonds Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erlangen und hierzu ebenfalls einen Zuschuß in obiger Höhe aus Fondsmitteln zu gewähren;
 - b) den Gemeinden aufzugeben, geeignete Arbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen im Winter zu tarifmäßigen Begehrißstellen;
 - c) den Landtagen eine Gesetzgebungsinitiative zu unterbreiten, wonach den Gemeinden mindestens 50 Prozent der Summe zur Verfügung zu stellen, die sie zu Zwecken der Arbeitslosenfürsorge aufwenden wollen, und hierzu in den Etat für 1910/11 200 000 M. einzustellen;
 - d) zur Verringerung der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter Staatsarbeiten und Vergütung von Staatsaufträgen in der Höheberechnung so zu beschleunigen, daß eine größere Anzahl Arbeiter zu tarifmäßigen Begehrißstellen im Winter und in den Monaten vor dem Winter Beschäftigung finden und Arbeitslosenunterstützung vermeiden werden;
 - e) den im September 1910 in Paris stattfindenden internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine aus Regierungsvertretern und Abgeordneten beider Kammern bestehende Deputation zu beschicken;
 - f) nach diesem Landtage eine Denkschrift über die Frage der Arbeitslosenfürsorge zu unterbreiten.

Der Antrag zweifelt nicht an dem Bedürfnis empfindet, daß nach dem letzten Winter das Elend der Arbeitslosigkeit vielfach zum Ausbruch gekommen ist, auch bürgerliche Kreise schon erkannt hatten, daß man diesen schmerzhaften aller sozialen Übel nicht mehr gleichgültig gegenüberstehen dürfe, daß man mit einiger Spannung den von der Regierung entgegen. Sobald sozialpolitische Einheit der beteiligten Stadtverwaltungen möglich war, wurde die schmerzliche Aufgabe übernommen.

Nachdem Genosse Niem den Antrag unter Schilderung der Notlage der beschäftigungslosen Arbeiter eingehend begründet und auch die von der sozialdemokratischen Fraktion herbeigeführten Wege zur Abhilfe genügend erklärt hatte, operierte der Minister des Innern, Hüfsmann, mit einigen abgeänderten Redensarten gegen den Antrag. Die durch Arbeitslosigkeit verursachte Notlage ist nicht schlimm. Er erklärte sich dabei besonders darauf, daß in der — großen hiesigen Metallindustrie keine große Arbeitslosigkeit festzustellen ist. Der Antrag rufe auch Bedenken wegen der Autonomie der Gemeinden nach; außerdem sei die Sache noch so unklar, daß Staatsmittel nicht zu Verfügung gestellt werden könnten. Der Minister wurde vom Genossen Petz (Sachl) und treffend abgelehnt, der ihm besonders nahe lag, einmal das Reichsstatistikamt zu prüfen, wenn er sich einen Überblick über die Arbeitslosigkeit verschaffen wollte, statt nach — Angaben zu schätzen, dessen Verhältnisse keineswegs maßgebend sein könnten. Die Nationalliberalen schickten den Seminarlehrer Schreyer vor, der anscheinend etwas Sympathie für die Arbeitslosen hatte und dem Antrag — dankenswerter bezeugt, aber auch allerdings nichtige Bedenken ausbrachte. Nach längerem Zögern der konserverativen De. Führer der angestrebte Arbeiterrat auf dem Lande gegen den Antrag auszusprechen. Die Sozialdemokraten, die doch den Staat umfärzen wolle, verweigerte mit dem Antrag in der Hauptsache politische Zwecke usw.

Schließlich wurde der Antrag der Reichsstatistikdeputation übergeben, die zugleich als soziale Deputation fungierte. Hier hatte Genosse Häfsmann den Vorzug. Von unserer Seite wurde alles versucht, die Arbeitslosenfrage zu fördern und zu einem Ergebnis, das heißt zu einem der Sache günstigen Beschlusse der Deputation zu gelangen. Doch verlor sie schon der Berichterstatter, der nationalliberale Abgeordnete Schreyer. Er lehnte vor allem die Forderung nach Staatsmitteln zur Unterstützung der Gemeinden ab, dagegen schlug er Verbesserungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und die Abfassung einer Denkschrift vor. Das alles lief auf eine Herabwürdigung der wichtigsten und brennendsten Sache hinaus. — Mit welcher Objektivität die Nationalliberalen Berichterstatter an die Sache herantrat, ergibt sich schon daraus, daß er in seinem Berichte u. a. behauptet, die Sozialdemokraten benutze die Frage der Arbeitslosigkeit als ein Kampfmittel. Damit sollte wohl gesagt sein, daß der sozialdemokratische Antrag agitatorischen Zweckes dienen sollte. Die Beschlüsse des Berichterstatters verhielten sich schließlich folgendermaßen unzureichender Art:

- Die Kammer wolle beschließen, die Staatsreg. ... zu ersuchen:
1. darauf hinzuwirken, daß in allen Groß- und Mittelstädten sowie kleineren, das öffentliche Amt und die kleineren Städte umfassende Stellen der Arbeitslosigkeit, unter neutraler Leitung stehende Arbeitslosenräte, die dann untereinander in Verbindung zu treten haben, errichtet werden;
 2. von jetzt an bis auf weiteres zu verschiedenen Zeiten des Jahres das ganze Land umfassende statistische Erhebungen über Umfang, Natur, Ursache und Wirkung sowohl der Arbeitslosigkeit als auch der Arbeitslosenfrage in den Gemeinden des Landes anstellen und von deren Ergebnis den Ständen Kenntnis zu geben;
 3. auf Grund dieser Erhebungen und unter Berücksichtigung der Verhältnisse, die in verschiedenen Städten und Ländern mit dem dort getroffenen Einrichtungen zur Arbeitslosenfürsorge und der dortigen Verhältnisse gemacht worden sind, eine Denkschrift auszuarbeiten zu lassen und diese dem nächsten Landtage vorzulegen;
 4. dieser Denkschrift einen Entwurf zu einer Satzung über die Organisation einer gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge beizufügen;
 5. den voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in Paris stattfindenden

den Internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sofern eine Einladung dazu an die Regierung erfolgt, durch eine aus Regierungsvertretern und Abgeordneten beider Kammern bestehende Deputation zu beschicken;

6. im Bundesrat auf baldige reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge hinzuwirken.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, es stimmten für ihn also auch die sozialdemokratischen Mitglieder. Dagegen wurde ein Antrag des Berichterstatters, des Genossen Hüfsmann, von den konserverativen und nationalliberalen Mitgliedern der Deputation abgelehnt, der die Einstellung von Staatsmitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Etat forderte. Danach brachte die sozialdemokratische Fraktion und ein freisinniges Mitglied bestehende Deputationen folgende Anträge ein, der dazu dienen sollte, den Antrag der Mehrheit zu erzwingen:

Die Kammer wolle beschließen:
1. die Staatsregierung zu ersuchen, in den nächsten Staatshaushaltsplan Mittel dafür einzustellen, daß den Gemeinden die Befähigung gegeben werden könne zu den von ihnen beabsichtigten Aufwendungen zur Arbeitslosenfürsorge, insbesondere für Einrichtungen zur Beschäftigung oder Verringerung der Arbeitslosigkeit. Sowie unternehmen die Nationalliberalen, die erst alle Staatsunterstützung abgelehnt hatten, nach einer Schwenkung. Sie brachten noch einen Antrag ein, wodurch die Regierung ersucht wurde, in Erwägung darüber einzutreten, ob, in welcher Höhe und unter welchen Voraussetzungen im Staatshaushaltsplan Mittel zur Förderung oder Unterstüzung gemeindlicher Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt werden können.

Bei der Schlussberatung im Plenum am 26. April verteidigte Genosse Niem das Mandatsgutachten und behauptete gleichzeitig die Unzulänglichkeit des Rechtsantrages, wenn er nicht durch die Forderung der Minderheit ergänzt werde. — Im Namen der Regierung erklärte der Minister v. Hüfsmann, sie sei bereit, im Sinne des Deputationsantrages an der Lösung der Frage mitzuarbeiten, man solle aber nicht verlangen, daß sie eine solche Lösung auf dem Präsentierteller vorlege. Für den Minderheitsantrag hatte er kein Wort der Zustimmung, woraus sich ergab, daß die Regierung die Einstellung von Staatsmitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach wie vor ablehne. — Der Antrag der Deputationsminderheit wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Volksparteiler abgelehnt. Da gegen den nationalliberalen Antrag nur die Konserverativen stimmten, wurde er angenommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten dafür, weil er immerhin einen kleinen Schritt weiter ging als das Deputationsgutachten.

Eine soziale Deputation.

Da soziale Fragen auch in den Einzelanträgen immer mehr in den Vordergrund rücken, was in der letzten sächsischen Landtagssession durch eine große Anzahl Anträge offenbar wurde, stellt die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag, eine besondere Deputation von 15 Mitgliedern für soziale Angelegenheiten einzusetzen.

In der Sitzung vom 12. Januar wurde der Antrag vom Genossen Petz unter Hinweis auf die sich immer stärker geltend machenden sozialen Anforderungen begründet. Nach einer vorhergehenden Vereinbarung im Seniorenkongress sollte, da die Einsetzung einer besonderen Deputation zu große Schwierigkeiten verursache, weil ebenfalls Mitglieder der Kammer einer Deputation angehören, die Reichsstatistikdeputation, die in der Regel weniger als die übrigen Deputationsarbeiten zu bewältigen hat, die sozialen Anträge vorberaten. So wurde die Reichsstatistikdeputation für diese Session nebenbei als Deputation für soziale Angelegenheiten eingesetzt, der dann auch alle Anträge sozialpolitischer Natur übergeben wurden.

Tarifverträge — Streikverbot — Koalitionsrecht der Staatsangestellten — Arbeiterausschüsse.

In der Plenarsitzung der Zweiten Kammer am 1. Februar 1910 kamen unter anderem auch folgende sozialdemokratische Anträge zur Beratung:

- I.
Die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, anzuordnen:
1. daß der Vergütung von staatlichen Arbeiten aller Art nur solche Unternehmer zu beschäftigen sind, die ihren Arbeitern und Angestellten die Ausübung des Vereinigungsrechtes wieder verbieten oder erschweren und mindestens die Hälfte gewähren, die durch Tarifvertrag zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisationen für Ort beziehentlich Bezirk, wo die Arbeiter beschäftigt werden, vereinbart sind.
 2. daß Tarifverträge nicht bestehen, dürfen die Arbeiter nicht unter die örtlichen Verhältnisse des betreffenden Berufs stellen;
 3. daß in den betreffenden Verträgen Streikverbot nicht aufgenommen werden dürfen;
 4. daß die Ausübung des Koalitionsrechtes erhalten, die Vergütung der Arbeiterbestimmungen und der Unfallversicherung besonders zur Pflicht gemacht wird;
 5. daß ausländische Arbeiter zu Staatsarbeiten nicht herangezogen werden dürfen, wenn zu befürchten ist, daß es zum Zwecke von Wahlbeeinträchtigung geschieht oder dadurch die Arbeitslosigkeit heimischer Arbeiter noch vergrößert wird.

II.
Die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen:

1. aus dem Dienst- und Verhaltensvorschriften für die in Betrieben des sächsischen Staates beschäftigten Arbeiter und Beamten alle Bestimmungen, die das Arbeitsverhältnis abhängig machen von der politischen Gesinnung der Bediensteten, zu entfernen; ferner die Einrichtung der Bediensteten aufzugeben;
2. die Ausübung des Koalitionsrechtes, wie aller übrigen Staatsbürgerrechte, den in den Staatsbetrieben beschäftigten Personen nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Im übrigen forderte der Antrag Abänderung der Vorschriften für Arbeiterausschüsse.

Den ersten Antrag begründete Genosse Richter, der die Zustände in den Staatsbetrieben, besonders im Eisenbahnbereich, einer scharfen Kritik unterzog und forderte, daß man weder die politische Gesinnung noch die Zugehörigkeit der einzelnen Angestellten und Arbeiter zur gewerkschaftlichen Organisation zur Ursache von Entlassungen machen dürfe. — Genosse Häfsmann, der den zweiten Antrag begründete, hob besonders die Bedeutung der Tarifverträge hervor und kennzeichnete das Verhalten vieler Unternehmer, die sich auch bei Ausübung von Staatsarbeiten ausländische Arbeiter zur Lohnbeeinträchtigung bedienen, wärend die Arbeiter im Lande arbeitslos hungern müßten. Es solle doch wenigstens dafür gesorgt werden, daß durch Heranzug ausländischer Arbeiter die Not der Arbeitslosigkeit nicht noch vergrößert wird. Für die Regierung erklärte der Finanzminister Dr. Hüger, die

sozialdemokratischen Arbeiter hätten zum Teil offene Türen eingetrans, denn die Arbeiterausschüsse beständen schon und funktionierten so, wie die Regierung es sich gebacht habe. Diese Bedenke wurde mit lauten aber wohlbedientem Gelächter aufgenommen. Die Personalbogen, deren Befreiung man gefordert, seien für die Verwirklichung der großen Staatsbetriebe unentbehrlich, doch werde die Beschäftigung des Einzelnen nicht von seiner politischen Gesinnung abhängig gemacht, nur eine Beteiligung in staatsfeindlichem Sinne sei verboten. Um das Koalitionsverbot für die Arbeiter und Angestellten im Eisenbahnbereich zu verdeutlichen, wolle er wieder einmal den Papst des Eisenbahnerstreiks an die Wand, worauf die bürgerlichen Vertreter fast ausnahmslos immer wieder hereinfielen. Wegen die Forderung, von den Unternehmern, die Staatsarbeiten ausführen, die Einhaltung der Tarifverträge zu fordern, hat die Regierung Bedenken. Streikverbot enthält die Verträge nicht auf ausländische Arbeiter könne man nicht ganz verzichten — kurz, der Minister hatte gar nichts für die sozialdemokratischen Anträge übrig.

Der konserverative Abgeordnete Hofmann sagte bei dieser Gelegenheit wieder das Wecheln von Schuße der Arbeitslosen gegen Terrorismus usw. her und pflichtete somit dem Finanzminister bei. Der nationalliberale Landgerichtsdirektor Petzner führte erst einen Vortrag auf, um schließlich ganz in Hügers Fußstapfen zu treten. Mit der Regierung und den Nationalliberalen rechneten zum Schluß die Genossen Petzner und Wirth (Sachl) ab, wobei letzterer der Regierung vorhielt, auf welche rigore Weise er seiner Gesinnung und Organisationszugehörigkeit wegen vor mehreren Jahren aus dem Eisenbahndienst gemahnt worden sei. Schließlich wurden die Anträge der Reichsstatistikdeputation übergeben. In der Deputation hat die Regierung dem Antrag II (Häfsmann) etwas mehr Verständnis entgegengebracht. Sie glaubt aber, daß bezüglich des Koalitionsrechtes der Arbeiter bei Staatsbauten die letzten Bestimmungen genügen, wonach eine gesetzlich vereinbarte Beschäftigung des Koalitionsrechtes unterjagt sei. Den Forderungen nach tarifmäßigen Löhnen stehe die Regierung sympathisch gegenüber, doch müsse sie Bedenken tragen, spezielle Vorschriften zu erlassen. Zur Frage der Streikverbot wurde von der Regierung folgende Erklärung abgegeben:

Die Regierung hat schon bisher die Streikverbot in die Vertragsbedingungen nicht aufgenommen und beabsichtigt dies auch für die Zukunft nicht, sie wird vielmehr über etwaige Anträge auf Verlängerung der vertraglich festgesetzten Fristen oder auf Wiederbeschaffung von Vertragsstrafen von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der jeweilig vorliegenden Verhältnisse und unter strengster Wahrung der Unparteilichkeit Entscheidung fassen.

Das war so gut wie gar nichts ja, in den letzten Worten lag sogar die Ankündigung, den Unternehmern in einzelnen Fällen doch die Vorteile zu gewähren, die sonst die Streikverbot sichert. Die Deputation sollte zu dem Antrage Häfsmann schließlich folgenden Antrag an die Kammer:

Die Staatsregierung zu ersuchen, eine Ergänzung der allgemeinen Bestimmungen über die Vergütung von Leistungen und Leistungen durch staatliche Verwaltungen im Königreich Sachsen unter Berücksichtigung des Antrags der Abgeordneten Häfsmann und Genossen im Sinne dieses Berichtes in Erwägung zu ziehen.

In der Schlussberatung vom 11. Mai, also kurz vor Schluß des Landtags, kennzeichnete Genosse Häfsmann, daß sich die Regierung zu dem Antrage geradezu feindlich verhalten habe.

Der oben zitierte Deputationsantrag wurde schließlich gegen fünf nationalliberale Stimmen angenommen.

Der Antrag Richter (siehe Antrag II) wurde in der Reichsstatistikdeputation gleichzeitig mit einem freisinnigen Antrage beraten, der einen Gesetzesentwurf forderte, der die Einrichtung von Beamtenschaft und Arbeiterausschüssen vorschreibt. Dabei sprach sich die amtierende Regierungsvorstand, besonders Reichsminister Dr. Schöndel, wiederholt dahin aus, daß die Regierung eine Beteiligung der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter am Transportarbeiterverband oder ähnlichen Vereinen, die Unfrieden zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft spon wollten, nicht dulde. Damit wurde diesen Arbeitern das Koalitionsrecht, das der sozialdemokratische Antrag forderte, noch neuem abgesprochen. Der weitere Ausbau der Arbeiterausschüsse wurde für unmöglich, solche für Beamte aus Gründen der Disziplin für unmöglich erklärt.

Die Anfragen der Deputationsmitglieder gingen wesentlich auseinander. Schließlich gelangte zum Zeit gegen eine Minderheit der Voten, zu der neben dem sozialdemokratischen das freisinnige Mitglied der Deputation gehörte, ein Antrag zur Annahme, der unter anderem von der Regierung forderte:

1. die Einrichtung von Beamtenschaft bei der Revision des Staatsdienstes vorzusehen,
 2. aus dem Dienst- und Verhaltensvorschriften für die in den Betrieben des sächsischen Staates beschäftigten Arbeiter alle Bestimmungen, die das Arbeitsverhältnis abhängig machen von der politischen Gesinnung der Bediensteten, zu entfernen, sowie die Ausübung des Koalitionsrechtes wie aller übrigen Staatsbürgerrechte den in den Staatsbetrieben beschäftigten Personen nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen. Für die im Eisenbahnbetrieb beschäftigten Personen bleiben die seit herigen Bestimmungen bestehen.
- Für die Einrichtung von Arbeiterausschüssen sollten neue Grundzüge aufgestellt werden. Danach sollten diese Ausschüsse das Recht haben, zu allen das Arbeitsverhältnis berührenden Fragen selbständige Stellung zu nehmen, auch sollten sie zur Begutachtung solcher Fragen herangezogen werden.

Die Deputationsminderheit beantragte, dem Absatz 3 folgende Fassung zu geben:

Die Ausübung des Koalitionsrechtes wie aller übrigen Staatsbürgerrechte den in den Staatsbetrieben beschäftigten Personen nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Kußerdem wurde von derselben Minderheit noch für die Arbeiterausschüsse das Recht gefordert, mit anderen Ausschüssen in Verbindung zu treten.

Bei der Schlussberatung im Plenum am 12. Mai vertrat Genosse Richter das Mandatsgutachten, wobei er besonders darauf hinwies, daß nach dem Minderheitsantrage den Eisenbahngestellten das Koalitionsrecht nach wie vor geraubt bleiben sollte. Die Minderheit forderte, daß allen in Staatsbetrieben beschäftigten Personen neben allen übrigen staatsbürgerlichen Rechten auch das Koalitionsrecht in vollem Umfang gesichert und noch weitergehende Garantien für die Wirksamkeit der Arbeiter- und Beamtenschaft geschaffen werden. Die Regierung beharrte aufs neue durch die Ministerialdirektoren Schöndel und Wirth zu den Anträgen ihren in wesentlichen ablehnenden Standpunkt. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Minderheitsgutachtens mit 39 gegen 34 sozialdemokratische und freisinnige Stimmen, zu denen sich auch einzelne nationalliberale gesellt hatten. Der Minderheitsantrag wurde teilweise gegen die Stimmen der Konserverativen angenommen, während Sozialdemokraten und Freisinnige gegen den letzten Satz im Absatz 3 stimmten, wonach es bezüglich des Koalitionsrechtes der Eisenbahner bei dem jetzigen Zustande beibehalten werden soll.

(Fortsetzung folgt.)

Sächsische Angelegenheiten.

Sächsische Staatsbahnen im Jahre 1909.

Die Staatsbahnverwaltung hat den alljährlichen Bericht über die sächsischen Eisenbahnen im Jahre 1909 veröffentlicht. Daraus ergibt man zunächst, daß die Länge der Betriebsstrecken 2283,43 Kilometer beträgt. Davon sind 2002,27 Kilometer zweigleisig oder mehrgleisig, 281,16 Kilometer eingleisig. 1909,89 Kilometer entfallen auf Vollspurige Nebenbahnen und 382,54 Kilometer auf Sekundärbahnen. Ueber die Fahrzeuge werden folgende Angaben gemacht: Ende 1909 waren 1506 (1399 normalspurige und 107 schmalspurige) Lokomotiven mit 630 Tendern vorhanden. Von den Lokomotiven stammten die ältesten je 1 aus den Jahren 1857 und 1858, 2 aus 1859, 4 aus 1861, 2 aus 1862, je 5 aus 1865, 1866, 1867, 12 aus 1868, 10 aus 1869, 12 aus 1870. Triebwagen besitz die Staatsbahn 2, Personenzüge 4106, davon 2919 zweigleisig, 405 dreigleisig und 883 viergleisig mit 2776 Plätzen erster, 2474 zweiter, 105 228 dritter und 63 539 Plätze vierter Klasse. Von den 180 246 Plätzen insgesamt entfallen 174 878 auf Vollspurige und 11 370 auf Schmalspurige Bahnen. Gepäck- und Güterwagen besatz die sächsische Staatsbahn 33 662 Stück. Sie verteilten sich mit 31 273 auf die Vollspur- und mit 2270 Stück auf die Schmalspurlinien. Gepäckwagen waren 650, bedeckte Güterwagen 11 620, offene Güterwagen 21 273, Reichspostwagen 231, Gasbeförderungswagen 15, Dampfwagen 8 u. a. m. vorhanden. Die Anschaffungskosten für diese Fahrzeuge betragen 218 904 065,88 M., und zwar für Lokomotiven nebst Tendern rund 80 698 447 M., für Triebwagen 60 173 M., für Personenzüge 48 910 897 M. und für Gepäck- und Güterwagen 128 000 497 M.

Von Verkefhrsgefahren wurden 1156378 Güter befördert, davon 1 035 709 auf Vollspurigen und 120 619 auf Schmalspurigen Lini en. In den letzten 10 Jahren ist der Personenverkehr um reichlich 40 Prozent gestiegen; während nämlich im Jahre 1890 noch 67 Millionen Reisende auf unsern Staatsbahnen befördert wurden, betragt diese Zahl im Jahre 1909 über 95 Millionen. Nicht gleichen Schritt hat die Einnahme aus diesem Verkehr gehalten. Sie umfaßte 1909 etwas über 40 Millionen Mark, im Jahre 1890 reichlich 64 1/2 Millionen Mark, das sind etwa 33 Prozent mehr. Insgesamt wurden im Jahre 1909 an Fahrkarten 70 833 692 Stück verkauft (1908: 64 444 557), davon für die 1. Wagenklasse 120 831 Stück, für die 2. Wagenklasse 3 271 957 Stück, für die 3. Wagenklasse 31 892 496 Stück und für die 4. Wagenklasse 34 715 430 Stück. Militärfahrkarten wurden 892 908 Stück ausgegeben. Zur Beförderung gelangten im Berichtsjahre 102 639 Tonnen Reisegepäck und 104 666 Fuhre. In der 1. Wagenklasse wurden über 45 1/2 Mill. Reisende befördert, in der 2. Wagenklasse 48 1/2 Mill., in der 3. Wagenklasse über 5 Mill. und in der 4. Wagenklasse 137 000 Reisende. Die Einnahme betragt 27 1/2 Mill., 10 1/2 Mill., 7 1/2 Mill. und 1/2 Mill. 17 1/2 Mill. Mark brachte die Beförderung von Reisegepäck und Fuhren, 1/2 Mill. Mark kamen auf sonstige Einnahmen und 1/2 Mill. auf Einnahmen aus der Militärbeförderung. Der Erlös aus dem Fahrkartenstempel betrug bei den sächsischen Staatsbahnen im Jahre 1909 1 375 194 M., gegen 1 408 921 M. im Jahre 1908. Der höchste Personenverkehr fiel mit 9 288 215 Personen und 5 938 038 M. Einnahme auf den Monat August, der niedrigste Personenverkehr mit 6 185 765 Personen und 2 061 788 M. Einnahme auf den Monat Februar.

Der Güterverkehr ist von 51 971 177 Tonnen im Jahre 1908 auf 53 301 012 Tonnen im Jahre 1909, also um 4,16 Proz., gestiegen. Die Gesamteinnahme im Güterverkehr betrug 96 613 405 M. Die größte Last mit 3 116 182 Tonnen und die höchste Einnahme mit 9 047 410 M. fiel auf den Monat Oktober, die niedrigste Last mit 2 290 120 Tonnen und die niedrigste Einnahme mit 6 815 824 M. auf den Monat Februar. Gegen 31 1/2 Mill. Frachtbriefe wurden im Verlauf und Empfang abgefertigt, d. i. eine Zunahme von über 5 Proz.

Die Gesamteinnahmen der Staatsbahn bezifferten sich 1909 auf 167 656 245,84 M., (gegen 162 598 645,55 M. im Vorjahre). Die Gesamtausgaben betragen 124 898 749,29 M., (gegen 120 421 218,80 M. im Vorjahre). Unter den Ausgaben sind u. a. ausgeführt: rund 37 1/2 Millionen Mark für Gehalte usw. der Beamten, 22 1/2 Mill. M. für Bezüge der bürgerlich Beschäftigten und Löhne der Arbeiter, 8 1/2 Mill. M. für Unterhaltung und Löhne der Arbeiter, 8 1/2 Mill. M. für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgüter sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien, 14 1/2 Mill. M. für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen, 19 1/2 Mill. M. für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Fahrzeuge und der sonstigen Anlagen, 1 1/2 Millionen Mark für Benutzung fremder Bahnanlagen usw., 1 Million Mark für Benutzung fremder Fahrzeuge sowie 1 1/2 Millionen Mark für verschiedene Ausgaben. Der Betriebsergebnis belief sich auf 42 757 496,56 M., (gegen 42 177 431,75 M. im Vorjahre). Das Verhältnis der Ausgaben zur Gesamteinnahme hat sich von 74,08 Proz. im Jahre 1908 auf 74,48 Proz. im Jahre 1909 erhöht. Das Anlagekapital verminderte sich im Jahre 1909 um 3,56 Proz., (gegen 3,570 Proz. im Jahre 1908).

Diese Verzinsung kann als günstig nicht bezeichnet werden. 1908 waren 5,24 Proz. zu verzeichnen, seitdem ist ein allmählicher Rückgang eingetreten, denn 1907 sank die Verzinsung auf 4,95 Proz., 1908 auf 4,70 Proz. und 1909 ist ein weiterer Rückgang auf 3,856 Proz. zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist indes als Folge der Wirtschaftskrise anzusehen. Da sich 1910 wieder ein Aufschwung im Wirtschaften bemerkbar gemacht hat, dürfte auch die Verzinsung der Eisenbahnkapitalien wieder eine bessere werden.

Auf den sächsischen Staatsbahnen sind im Jahre 1909 im ganzen 317 Unfälle (im Jahre 1908: 274) zu verzeichnen gewesen, und zwar 58 (26) Entgleisungen, 18 (14) Zusammenstöße und 261 (234) Unfälle anderer Art. Schienen- und Weichenstöße kamen 740, Schenkelbrüche 7 vor. Beim Eisenbahnbetrieb wurden im Jahre 1909 mit oder ohne eigene Schuld 287 (1908: 263) Personen getötet oder verletzt. Von dieser Zahl kommen auf Reisende 47, auf Bahnbedienende oder Bahnarbeiter 211, auf Beamte anderer Verwaltungen 3 und auf fremde Personen 26. Selbstmorde und Selbstmordversuche kamen 63 vor.

In dem Bereiche der Staatsbahnverwaltung wurden 1909 rund 49 500 Personen beschäftigt, von denen 16 191 (im Vorjahre 15 768) im Beamtenverhältnis stehen. Von den Beamten sind 1140 in der allgemeinen Verwaltung, 2188 im Streckendienst, 6007 im Stations- und Abfertigungsdienst, 2619 im Zugbegleitungsdiens, 2097 im Jugendförderungsdiens, 102 im elektrotechnischen Dienst, 378 im Fernsprechdiens und 162 bei den Posten tätig.

Vom Kampfplatze der Eisenbahn.

Im Reichstagswahlkreise Johau-Marionberg gehen jetzt, kurz vor der Entscheidung, die Wagen des Kampfes hoch. Jeden Tag findet eine Anzahl Versammlungen statt; auch die Gegner sind rührig. Von unserer Seite sind neben dem Gewonnenen mehrere Reichstagsabgeordnete und sächsische Landtagsabgeordnete rekrutiert. Unsere Versammlungen sind fast durchweg gut besucht, die Gegner könnten vielfach nicht abgehalten werden, wenn nicht unsere Genossen, der Diskussion wegen, erschienen.

Einen großen Eifer entfaltet besonders der liberale Wirtschaftskandidat Brodau. Er redet Tag für Tag. Doch über großen Andrang seiner Anhänger kann er sich nicht beklagen. Vergeblich hat er versucht, durch demagogische Operationen gegen die Sozialdemokratie seine Ideen neben zugkräftiger zu machen. Unsere Genossen folgen ihm auf den Besen und zerpfänden seine Gesandten. Das scheint ihm unbecommt geworden zu sein, denn er hat die Redezeit in seinen Versammlungen immer mehr eingeschränkt. Am Montag hatte er in Großschönberg unseren Genossen Roste 45 Minuten lang reden lassen. Am Dienstag abend versprach er in Wolfenstein erst 40 Minuten Redezeit.

Als aber unser Genosse Roste das Wort erhielt, wurde vom Vorliegenden erklärt, es dürfe nur eine halbe Stunde lang gesprochen werden. Dabei langweilt Herr Brodau die Hörer, die nur wegen der Diskussion in seine Versammlung kommen, mit den langweiligsten Geschwätzen. So nicht er seit Wochen Abend für Abend eine Erzählung über Strohelfen und Lederhosen auf. Es wäre schließlich noch seine Sache allein, wenn er die Wähler in Schlaf redet. Aber er provoziert seine Gegner in den Versammlungen, indem er immer wieder ihm längst als unmar nachgewiesene Behauptungen über ihre Partei aufstellt und gibt in demagogischer Weise seiner verrückten Redereien in immer mehr beschränkter Redezeit nicht genügend Auskunft gegeben wird. Zum offensichtlichen, ihm zweifellos bewußten Anrecht fügte er gestern in Wolfenstein für die dortigen Arbeiter blutigen Spott, indem er meinte, wenn seine Gegner in einer halben Stunde nicht genügend Zeit hätten, ihm zu antworten, könnten sie ja eigene Versammlungen abhalten. Dabei ist es dem Treiben der bürgerlichen Herren zu danken, daß in Wolfenstein den Sozialdemokraten kein Saal zu Versammlungen hergegeben wird. Einer der Freunde Brodau's gab gestern ganz offen seiner Freude darüber Ausdruck.

Kerger noch treiben es die Antifemiten. Sie operieren mit handgreiflichen Lügen und versuchen damit auf dem Lande Wähler einzufangen. Fast regelmäßig wird in antisemitischen Versammlungen ein verlogenes Geschwätz aufgeführt, wonach der sozialdemokratische Konsumverein in Potschappel und Döhlen seinen Mitgliedern statt gewöhnlicher Kurst Pfeffermehl verkauft habe. Das antisemitische Mischblatt Reform hat diesen Schwindel zuerst gebracht. Sie hat vor einiger Zeit eine Verächtigung bringen müssen, worin sie alles, was sie darüber behauptet hatte, zurücknahm, da sie nicht den geringsten Beweis erbringen konnte. Der verklagte Reform-Redakteur mußte auch noch die Kosten der Klage tragen. — Dabei ist schließlich auch Herr Freyde bekannt, daß die ominöse Pferdebewürst, wie in einem Berliner Prozeß festgestellt wurde, nicht von einem Arbeiterkonsumverein, sondern vom Konsumgeschäft der Firma Siemens in Döhlen bezogen worden ist. Die Antifemiten wissen daher ganz genau, daß die Pferdebewürstgeschäfte dreifach Schwindel ist, trotzdem operieren sie damit weiter. Kerger können sie nicht darlegen, daß sie auf dem tiefsten Niveau des politischen Schwindels angelangt sind. Es muß sehr schlecht um diese Gegner bestellt sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen.

Nichts gegen den Fleischwucher.

Seit Wochen macht sich besonders in Sachsen erneut eine schlimme Fleischverteuerung bemerkbar, die die Volksernährung auf das bedenklichste gefährdet. Alljährlich haben wir durch Zahlen das Steigen der Fleischpreise in Dresden veranschaulicht. Neulich ist es aber im ganzen Lande. Man möchte meinen, daß die sächsische Regierung Maßnahmen gegen die Skalamität einleiten werde. Der Weg zur Abhilfe ist sehr einfach, weil die Ursachen des Preisstands klar zutage liegen. Durch hohe Zölle und Absperrung der Grenzen hat man im Interesse der Agrarier künstlich einen Fleischmangel heraufbeschworen, der jetzt zu einer Preissteigerung geführt hat. Das einfachste wäre, die sächsischen Grenzen für die Einfuhr aus Böhmen zu öffnen, und man würde in Sachsen Fleisch genug haben. Seit Jahren ist die sächsische Regierung in Zeiten besonderen Fleischmangels zur Deckung der Grenzen aufgefordert worden, immer mit negativem Erfolg. Auch jetzt will man im Ministerium mit verschärften Armen dem Uebel zusehen. Wie die Deutsche Fleischzeitung nach Erkundigungen an zuständigen Stelle mitteilt, will die sächsische Regierung trotz der Protestbewegung in Leipzig und Dresden eine erweiterte Grenzöffnung beim Bundesrat nicht befehlen lassen.

Es ist das alte Lied und Flend. Die sächsische Regierung ist immer auf der Seite der Agrarier zu finden, wenn das Volk infolge der Agrarpolitik in Bedrängnis gerät. Und das geschieht in einem Industrie- und Bekleidungslande, dessen Bevölkerung nur noch zu 10 Proz. an der Landwirtschaft interessiert ist.

Verdan.

Das Gewerkschaftsartell veranstaltete am Sonntag zu seinem Sommerfest auch einen Festzug. In letzter Stunde verbot die Schulbehörde die Teilnahme von Schülfern an dem Festzuge. Dies Verbot hat jedoch dem Feste keinen Abbruch tun können.

Leipzig.

(Mordleben.) Die Brüder Koppius, zwei junge Juristen, die bei einem Erpressungsversuch vor vier Wochen verhaftet wurden, haben jetzt umfassende Geständnisse abgelegt und dadurch eine Anzahl Mord- und Raubtaten bekannt. Von amtlicher Seite wird Leipzig Blättern darüber unter anderem folgendes mitgeteilt: Nach den Geständnissen hat Karl Koppius, während er in der Taberna in Stellung war, nach einem einmaligen vorherigen mißglückten Versuch am 14. Dezember 1906 am 17. Dezember 1906 den Goldbriefträger Kühner in einem Treppenhaus des Grundstücks Molatstraße 11/12 mit einem Hammer niederschlagen, hat mit einem eigens dazu geschaffenen Messer ihm beide Brusthälften abgetrennt und mit diesen etwa 9000 Mark geraubt. Den Raub hat er zunächst vorübergehend im Kohlenkeller des Weinstaurant's Taberna untergebracht und bis zum Herbst 1907 in der Hauptstraße durch Verluste bei Rennwetten verloren.

Am 5. Oktober 1907 hat Karl Koppius weiterhin einen Raubmordversuch an der Fabrikbesitzer's Ehefrau Wagner im Treppenhaus des Grundstücks Gottschalkstraße 15 verübt. Er tötete die Wagner nicht, traf zufällig mit ihr am genannten Tage in der Nähe des Marktes zusammen, wo sie durch ihre Brillanten und ihr silbernes Goldschmuck seine Aufmerksamkeit erregte. Da er völlig mittellos war und am 17. Oktober heiraten wollte, folgte er kurz entschlossen der Wagner bis zum Grundstück Gottschalkstraße 15, drängte sich vor ihr durch die Haustür und fiel sie im Treppenhaus mit seinem Taschenmesser an, indem er versuchte, ihr den Hals zu durchschneiden. An der Durchführung der Tat wurde er durch die gelenden Hilfe der Frau und durch das Einflappen seines Taschenmessers gehindert.

Den Friedrichischen Mord haben die Gebr. Koppius gemeinschaftlich verübt. Zunächst war beabsichtigt, die Tat im Grundstück Peterstraße 1 auszuführen; da dort die Untermieter noch in der Wohnung waren, begaben sich die Gebr. Koppius in die Friedrichische Wohnung. Die Gebrüder Friedrich sind mit einem schweren Hammer von Karl Koppius niedergeschlagen worden. Friedrich Koppius hat sich besonders an der Tötung Friedrich's mit beteiligt. Karl Koppius empfing dann den Goldbriefträger, Friedrich Koppius hatte es übernommen, ihn mit dem Hammer niederschlagen. Die Ermordung und Raub der Goldbriefträgers ist nur unterblieben, weil der zweite Briefträger vor diesem nicht wegging.

Die seltenerzeit veröffentlichten und auch die späteren Erpresserbriefe an die Firma Weber hat bis auf einen Teil des zweiten Erpresserbriefes und einige Adressen, die Friedrich Koppius geschrieben hat, Karl Koppius geschrieben und auch selbst verfaßt. Bei den verschiedenen Versuchen, die erwarteten Geldbeiträge abzuholen, sind

beide Brüder tätig gewesen. Ein dritter Täter kommt weder in den Friedrichischen Mord noch für die Erpressungen in Frage. Endlich haben die Gebr. Koppius gemeinschaftlich auch das Attentat in der Ribistraße vom 24. März 1909 verübt. Sie haben zusammen am Abend vorher den Einsatz des Richters Strauß bewirkt; im Laden war Friedrich Koppius. Der nächste Tag hat Friedrich Koppius dem Dienstmädchen Geuffert Besprechungen, hat sie zu Boden geworfen und dort hat der springende Karl Koppius mit einem Hammer das Mädchen wiederholt auf den Kopf geschlagen. Verhaftet wurden die Täter nach dem Schreien des Mädchens und das Klängen der Haue. Beachtenswert ist, daß diese und das Dienstmädchen umzubringen und in Wohnung auszurauben. — Auf die Angabe des Karl Koppius, daß er auch im Walde hinter der Kettenbrücke der Hammer, den er bei der Ermordung der Gebrüder Friedrich und zum Attentat auf die Gebrüder verwendet hatte, gefunden worden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Der Brand der Bräufeller Weltausstellung hat, wenn auch nicht direkt, doch mittelbar den Tod eines Leipzigers herbeigeführt. Der Comateur Wilhelm Thomas, der bei der Firma Atlas, Müller u. Co. in Leipzig-Stöckeritz tätig war, stand mit mehreren anderen Personen auf der Plattform eines Daches des Hotels Weltanschauungsbühne, als der Wind die Plattform zum Einstürzen brachte. Hierbei stürzte er vom Dache und erlitt so schwere Verletzungen, daß er zwei Stunden darauf starb. — Bei dem Seidlichen Restaurationsneubau in Mühlgraben an der Alten Falkenstein Straße fahrte die ziemlich fortgeschrittene Arbeiter ein, wobei zwei dort beschäftigte Arbeiter erheblich verletzt wurden. Die Ursache des Einsturzes konnte noch nicht festgestellt werden. — Ein beim Mühlenbesteller Meiß in Dahlen bei Elster bediensteter 20 Jahre alter Mädchen wurde vor einigen Tagen von seinem Viehhirten, dem Fabrikarbeiter Schneider, auf dem Wege zum Felde mit einem Revolver angeschossen. Schneider wurde halb bezogen ergriffen und in Haft genommen. Die erst nicht lebensgefährlichen Schusswunden des Mädchens verschimmerten sich, so daß es gestern in die Leipziger Klinik übergeführt werden mußte. — Wie erst jetzt bekannt wird, gerieten am Sonntag nachmittag sechs Station Klingenberg infolge unvorsichtiger Rangieren mit britischen beladene Waggons auf dem Hauptgleis anfangs auf ein Nebengleis. Infolgedessen rasten die drei fahrerlosen Waggons auf der stark abfallenden Strecke nach Freiberg zu. Auf der dort befindlich benachteiligten Station Mühlentälchen gelang es, die Waggons auf ein Nebengleis der Stüttenwerke abzuleiten und so abzuhängen. Die zersplitterten die Waggons noch eine starke Wellenlinie, die sie zum Fallen kamen. — Ein in Elbischbach bei Lausitz in Stellung befindlicher 21 Jahre alter Dienstbote stand auf der von ihm durch den 21 Jahre alten Dienstherrn Landstraße einen geladenen Revolver. Er wollte dem nicht unangegeben, denn beim Hantieren mit dem letzteren entlud er sich und dem unvorsichtigen Manne wurde die rechte Hand abgeschossen. Da sich zu der Stunde außerdem eine nicht weitläufige Wundversorgung gefiel, so mußte der Mann in die Leipziger Klinik übergeführt werden. — An einer 17-jährigen Hölzerin aus Plauen ist im Walde am nach Wolliggrün führenden Summationswege ein Einsturzgefahr durch unter erschwerenden Umständen verübt worden. Die Arbeiterin wurde in das Städtischen Krankenhaus nach Plauen gebracht.

Stadt-Chronik.

Nicht unterschreiben!

Es möchte eigentlich recht überflüssig sein, immer wieder darauf hinzuweisen, wie gefährlich und nachteilig es werden kann, wenn man sich von Geschäftsfreunden und Agenten überreden läßt, allerlei Gegenstände, in der Regel auf Zahlung, zu bestellen. Meist sind es solche Sachen, die nicht einmal notwendig gebraucht werden, oder die man vielfach billiger und besser in jedem Geschäft kaufen kann. Da werben Bücher, Bilder, Hemden, Schmalsachen und manderlei andere Gegenstände angeboten und durch die Ueberredungskunst in die Wohnungen eindringenden Agenten leider auch sehr häufig bestellt. Manche dieser Agenten greifen, um ihren Zweck zu erreichen, zu den gewagtesten Manipulationen. Es kann auch dahingestellt bleiben, ob die Vorlage der einzelnen Agenten oder andere Ursachen die Triebfeder zu solchen Manipulationen bilden, oder ob nicht gar die mit der jeweiligen Firma vereinbarten Anstellungsbedingungen so schlecht sind, daß mancher Agent zu Mitteln greift, auf die er sonst verzichten würde.

Wie aber auch die Dinge liegen mögen, in keinem Falle ist einzufehen, weshalb der Besteller stets den Schaden tragen soll, der durch wenig einwandfreie Handlungen einzelner Agenten, durch ungenügende oder vielleicht gar durch direkte falsche Auskunft entsteht, während die betreffende Firma niemals für solche Handlungen ihrer Angestellten eintritt, sondern mehr auf Abnahme der Ware und auf glatte Bezahlung abzielt. Fast täglich hört man von Differenzen, die zwischen Agenten und ihren Kunden entstanden sind, und bei den Gerichten sind die Klagen dieser Art verhältnismäßig zahlreich. In der Regel enden diese Klagen zugunsten der Firma. Weil der Verklagte ja niemals beweisen kann, wie bei der Bestellung ihm durch die Agenten verfahrens worden ist, und weil die Geschäftsinhaber nach jeder Richtung hin geschädigt sind. Als Beispiel sei folgender Fall erwähnt:

Bei dem Agenten einer Leipziger Reisebuchhandlung hatte ein Arbeiter ein Wert bestellt. Nachdem er das Wert empfangen hatte, kassierte der Agent den gesamten Betrag des Agenten und quittierte dafür auf einem Rechnungsformular, das die Aufschrift der Firma trug. Einige Wochen später forderte die Firma aber ebenfalls den Betrag, und da der Arbeiter auf die dem Agenten ausgehändigte Rechnung und auf die in seinen Händen befindliche Quittung hinwies und daher nachmalige Zahlung verweigerte, erhob die Firma Klage beim Amtsgericht. Die Firma stützte sich darauf, daß auf den Rechnungsbogen sowie auch auf Mitteln, die der Besteller erhalten soll, der Ausdruck sich befand, daß Zahlungen nur an die Firma zu leisten sind. Wer da weis, mit welcher Fertigkeit viele Agenten Geschäfte zu machen wissen, der weiß auch, daß derartige Verhältnisse auf den Bestellschneidern von dem Besteller meist gar nicht gesehen werden. Aber selbst, wenn ihm ein solcher Vermerk bekannt ist, so konnte, wie in dem vorliegenden Fall, wo der Agent eine Originalrechnung der Firma als Quittung benutzte, der Besteller wohl der Meinung sein, daß dies den Bedingungen der Firma entspreche und daß die Zahlung zu Recht erfolgt sei.

Diese Meinung hat aber weder die Firma noch das Amtsgericht gelten lassen. Auch der Einwand, daß die Firma in der Auswahl ihrer Angestellten die nötige Sorgfalt walten lassen müsse, und daß sie, wenn ihre Agenten sich gegenüber den Bestellern Maßnahmen erlauben, die ihnen nicht zuzulassen, die Firma selbst den daraus entstehenden Schaden zu tragen habe, nützte nichts. Das Amtsgericht beurteilte den Arbeiter zum nachmaligen Zahlung der bereits an den Agenten erhaltenen Summe, außerdem aber auch noch zu den entstandenen Gerichtskosten.

Der Beurteilte ist um eine Erfahrung reicher, für viele andere könnte aber dieser Fall erneut zur Warnung dienen.

damit sie sich nicht einen ähnlichen oder noch größeren Schaden ausleihen. Wer nun einmal nicht stark genug ist, der Ausdringungs- und Vorfahrtigkeit gewisser Leute zu widerstehen, der sollte wenigstens des Wortes gedenken: Unterschreibe nichts, was du nicht zuvor richtig gelesen und verstanden hast!

Finanzreform und Kleingewerbe.

Der jetzt erschienene zweite Teil des Berichts der Dresdner Gewerbe-Kammer auf das Jahr 1908 über die wirtschaftliche Lage von Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel folgendes:

Weder haben jedoch die heißen politischen Kämpfe um die Reichsfinanzreform sowie deren wenig befriedigende Lösung auf eine weitere günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage einer großen Anzahl von Erwerbsbetriebe und Gewerbebetriebe, bei denen sich die Geschäftskosten infolge des Anstiegs der neuen Steuern und der Erhöhung der Zölle erheblich erhöht haben. Besonders hart treffen sich die Zigarrenhändler durch das neue Tabaksteuer-Gesetz sowie die Kleinbrenner und die Gast- und Schankwirte durch das neue Brau- und Weinsteuergesetz. Infolge der Verengerung der von den neuen Steuern betroffenen Steuerbefreiungen und Gebrauchsgegenstände in dem Verbrauch ab. Von verschiedenen Verändern ist beobachtet worden, daß die Bevölkerung noch mehr als früher Wert auf die Billigkeit statt auf die Güte und Bediegenheit der Waren legt und darauf zukommt, den Verbrauch möglichst einzuschränken. Die Folge davon ist, daß bei vielen Gewerbebetriebe, die mit dem Vordringen der Waren und Gebrauchsgegenstände handeln, der Verdienst geringer wird und das Geschäft zurückgeht.

Hier werden mit diesen Worten die verheerenden und volkstümlichen Wirkungen der sogenannten Reichsfinanzreform geschildert und zugegeben. Die Ausführungen der Gewerbe-Kammer zeigen auch, wie ungünstig die Beeinträchtigung des Konsums der breiten Massen auf das ganze Geschäftsleben wirkt. Sie klingen aber auch wie Selbstanklagen — unabsichtlich natürlich. Denn die Mitglieder der Gewerbe-Kammer gehören wohl fast durchweg jenen politischen Parteien an, die dem Volke die neuen schweren Lasten aufbürdet haben. Und die Gewerbe-Kammer würde es sicher nicht von sich weisen, mit der Vortage gemeinsame Sache zu machen, die allein erstlich bemüht gewesen ist, diese neuen Lasten dem Volke fernzubehalten — mit der Sozialdemokratie. Insofern die in der Gewerbe-Kammer dominierenden Elemente gehören zu den giftigsten und kurzsichtigsten Elementen unserer Partei. Nur haben sich die Herren in der Kammer Schlinge gefangen. Ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie bedeutet, wie das praktische Beispiel zeigt, nicht nur eine schwere Benachteiligung der Arbeiter, sondern auch eine starke Verschlechterung der Lage des Kleingewerbes. Was wir ja stets betont haben, auf der anderen Seite aber immer bestritten wurde. — Der Mittelstand aber mag doch einmal ernstlich über diese Dinge nachdenken.

Folgen einer Rederei als Betriebsunfall.

Eine bemerkenswerte und langwierige Rentenklage ist jetzt vom Dresdner Schiedsgericht für Arbeiterversicherung beurteilt worden. Es handelt sich um die Frage, ob die Folgen einer Rederei auf der Arbeit als Betriebsunfall anzusehen sind und von der Berufs-Versicherung zu entschädigen sind. Im Dezember 1908 machten die jüngeren Arbeiter in einer Metallwarenfabrik in Freyberg, indem sie sich gegenseitig mit Tuscheln bedauerten. Einer der Arbeiter hob mit einem an der Erde liegenden Tuschel ein Stück Stahl auf, warf damit nach dem Schleißer R., und traf diesen mit dem Stahlstück in das linke Auge. R. erlitt eine erhebliche Verletzung des linken Auges, wodurch sofort die Arbeit einstellen und sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Verletzungen hatten schließlich den fast völligen Verlust des Sehvermögens am linken Auge zur Folge. R. wurde nach dem ärztlichen Gutachten um 25 Prozent in der Erwerbsfähigkeit beschränkt, wendete sich mit einem Antrag um Gewährung von Unfallrente an die Norddeutsche Metall-Versicherungsgesellschaft. Letztere lehnte indessen eine Entschädigung ab, weil die Folge dieser Rederei nicht als Betriebsunfall anzusehen sei. Der Verletzte wendete sich darauf mit einer Berufung an das Schiedsgericht. Da von Anfang an von einem Weller die Rede war, wodurch die Verletzung entstanden sein soll, wurden nunmehr umfangreiche Erörterungen angeleitet. Von der Berufsversicherung wurde dann bestritten, daß sich der Unfall wie geschildert abgeplott habe. Auch in der entscheidenden Verhandlung lehnte der Vertreter der Berufsversicherung die Gewährung einer Entschädigung ab. Das Schiedsgericht hat aber die Augenverletzung als Betriebsunfall angesehen und die Beflage zurückgewiesen, dem Verletzten vom Beginn der 13. Woche an eine 25prozentige Rente zu gewähren. — Nach 1 1/2 jährigem Rentenkampf erhält R. nun endlich die ihm zustehende Unterstützung.

Einen frivolen Wit

hatte sich irgend jemand dieser Tage geleistet. In den R. V. erschienen ein Injektiv, nach dem Arbeiter und Markthelfer gesucht wurden. Westkanten sollten sich Montag vormittag von 8 bis 12 Uhr melden. Um diese Zeit fanden sich etwa 30 Personen ein, die sich um die Stellen bewerben wollten. Niemand war Quäse aber wußte etwas. Bald stellte es sich heraus, daß niemand einen recht unpassenden Wit mit dem Injektiv erwidern konnte. An der fraglichen Stelle wohnte nämlich ein junges Ehepaar, das sich am Tage zuvor verheiratet hatte. Die Braut, die mit einiger Hoffnung sich hierher bemüht hatten, waren natürlich entrüstet darüber, daß man ihre Not nach noch in dieser Weise zu beschönigen wagt, sie zum Gegenstand eines berattigen Scherzes machte.

Der König und die Radkultur.

Bestimmte um die übrige Menschheit treibt ein in Walden wohnender Musiklehrer eifrig Radkultur. Im Radfahren läuft er im Freien herum; besonders der Wald ist ihm sein Naturparadies. Es ist nur zu begreiflich, daß diese Art von gewöhnlicher Erholung bei anderen Menschen großen Eindruck erzeugt. Nun soll nach dem Bericht eines Waldenbewohners folgendes Schicksal sich ereignet haben: „Als der König mit seinen Töchtern einen Waldspaziergang unternahm, kam mit fast lautlosem Schritt auch der Musiklehrer daher, bei welchem ungewöhnlichen Anblick die Töchtern entsetzt erschrocken aufschrien und sich an den Seiten des Vaters klammerten. Auch Se. Majestät war empört über die fassungslose Erscheinung und hat, wie man hört, sofort Befehle ergehen lassen, gegen den großen Unfug einzuschreiten.“

Da hat der harmlose Naturmensch ja schönes Unheil angerichtet. Wenn er weiter seinen Sport treiben will, wird er sich wohl unsichtbar machen müssen, damit ihm derartiges nicht wieder passiert.

Die zweite große Aquarien- und Terrarien-Ausstellung wird kommenden Sonntag, vormittag 11 Uhr, im Volkswohl-taal eröffnet. Die zahlreich eingelaufenen Anmeldungen von Schauobjekten verbürgen eine reichhaltige und interessante Sammlung seltener lebender Tierfliegen, u. a. die hier noch nie gezeigten westafrikanischen Schmetterlingsfliegen (Pantodon Buchholz), prächtige Farbenarten aus Indien, himmelblaue Kampffische und viele andere der farbenprächtigsten Arten.

Selbstmord. Erschossen hat sich wegen geschäftlicher Sorgen ein am Elbberg wohnender 37 Jahre alter Maler.

Vermischte Nachrichten. Dem Stadtbaurat Kertwein ist der Titel Professor verliehen worden. — Herr Polizeipräsident Kertwein hat einen mehrtägigen Erholungsurlaub angetreten. Die Leitung der Geschäfte der Polizeidirektion hat Herr Obergewerksrat Hoffmann übernommen. — Der bekannte Konzert-Dirigier Herr Winter-Tymian hat das in der Kreisstadt gelegene Ebntheater käuflich erworben und wird es zu einem modernen, großstädtischen und vollständigsten Vergnügungs-etablisement ausbauen. Im September dieses Jahres soll es unter dem Namen Tymians Thalia-Theater, mit allen technischen Neuerungen versehen, eröffnet werden. Winter-Tymian wird seine Truppe wesentlich vergrößern und verbessern, auch weibliche Künstlerkräfte beschäftigen, und zwar täglich nachmittags und abends sowie Sonntags Frühschöpfungskonzerte. Die Vorstellungen werden nicht bloß in der von ihm bisher gepflegten Art gegeben, sondern es kommen auch größere Theaterstücke, Pantomimen, Reben, Balletts, Weihnachtsspielen usw. zur Aufführung. Auch eine erstklassige kinematographische Einrichtung wird eingebaut und Vorstellungen dieser Art sollen bei helleleuchteter Saale gezeigt werden.

Gewerbegericht.

Ueber das Verhältnis des Arbeiters zu den Maschinen des Unternehmers fällt das Gericht eine interessante Entscheidung in einer Klage des Tischlergehilfen Böhm und eines Genossen gegen den Tischlermeister Seiler wegen Lohnforderungen. Die Kläger haben im Affidat geäußert und dazu die Maschinen des Unternehmers benutzt. Sie verlangen für die geleistete Arbeit den tarifmäßigen Stundenlohn. Für die Benutzung der Maschinen des Unternehmers bezahlen sie pro Stunde 2,10 M. Die Abrechnung der Kosten verlangen sie bezahlt, während der Beschlage befreit, daß eine Abrechnung notwendig war. Die Kasse würde durch die Maschine gemacht und demzufolge nicht bezahlt. Die Frage spricht sich nun dahin zu, ob der Vorteil der Maschinen nur dem Unternehmer oder auch dem Arbeiter zugute kommen soll. Die Kläger sind der Ansicht, daß ihnen die Maschinen des Unternehmers ganz allgemein zur Verfügung stehen und sie für deren Benutzung dem Unternehmer eine Entschädigung — das sogenannte Maschinengeld — von 2,10 M. pro Stunde zahlen. Der Beschlage will aber den Vorteil, der durch die Benutzung der Maschinen herausspringt, für sich allein haben, indem er die durch die Maschine geleistete Arbeit vom dem Affidat abrechnet. Die Schiedsgerichtskommission hat diese Frage zugunsten der Kläger entschieden, der Beschlage will sich diesem Schiedspruch aber nicht unterwerfen. Das Gericht entschied nun diese Frage prinzipiell im Sinne des Schiedspruchs, indem es ausführte, daß die Arbeiter bei Übernahme von Affidat in gewissen Sinne ebenfalls Unternehmer würden. Sie übernehmen die Arbeit zu einem bestimmten Preis und es hängt nun ganz von ihrer Geschicklichkeit und Leistungsfähigkeit ab, ob sie viel oder wenig verdienen. Die Vorteile der Technik in der Produktionsweise müßten deshalb auch ihnen zugute kommen. (Vorstand: Gewerbe-Richter Dr. Grohe. Unternehmens-Reisiger: Druckereibesitzer Frank und Tischlermeister Frank. Arbeiter-Beisitzer: Maschinenmeister Götter und Tischler Wrethling.)

Aus der Umgebung.

Obergorbis. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, findet öffentliche Gemeinderats-Sitzung im Sitzungszimmer des Gasthofes zum Reichshäufel statt. Wichtig: Eingabe des Hausbesitzervereins, die unanständigen Wähler betreffend.

Niederlöbnitz. Eine Wiederbelebung des Weinbaues in der Löbnitz wird gegenwärtig auf Anregung des Amtshauptmanns Dr. v. Hübel angestrebt. Aus diesem Grunde hat vor einigen Tagen im Rathaus zu Niederlöbnitz eine Versammlung stattgefunden, der demnächst eine weitere folgen soll. Der Weinbau in der Löbnitz war in früheren Jahren ein bedeutender, er ist in der letzten Zeit mehr und mehr zurückgegangen. Die Weinberge an der Elbe erstrecken sich einstmalig von der Löbnitz bis weit hinaus über Meißen. Jetzt sind diese löbnitzer Weinberge eingegangen und wurden in Obstplantagen oder Wäldern umgewandelt. Auch hat die Viehflaus seitens der Väter Schaden angerichtet, und um ihre Weiterverbreitung zu verhüten, wurden zahlreiche Weinberge in der Löbnitz zerstört.

Witzdruff. Ein mit vier Personen besetztes, einem Dresdner Fabrikanten gehörendes Auto, das zwischen Grundbach und Witzdruff gefahren kam, fuhr neben dem in Witzdruff 8 Uhr 8 Minuten abgehenden Zuge her. Der Zug fuhr unweit der Haltestelle über die Straße, und der Chauffeur, der die Gegend offenbar nicht kannte, lenkte, um sich und seine Insassen zu retten, seitwärts. Er fuhr dabei gegen einen Baum von etwa 15 Zentimetern Durchmesser, der sofort umbrach. Die Insassen sind nur gering verletzt. Der Vorderteil des Autos war jedoch stark beschädigt; es mußte nach dem Bahnhof Witzdruff geschoben werden, von wo es nach Dresden beordert wurde.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Wetzna und Niederschönbühl führten den früheren Lehrer und jetigen Insalator Paul Laßack, 1884 in Kommit geboren, wieder auf die Anklagebank. In einem hiesigen Kino hatte er eine Stellung bei 5 M. Tagelohn gefunden, doch wurde das Geschäft kurz darauf geschlossen. Da D. böllig mittellos war, bezog er darauf hiesigen Gastwirt zu zwei Darlehen à 15 und 10 M., desgleichen borgte er die dort bedienende Kassierin um 15 M. Vor an und wachte sie auch zu bestimmen, ihm Essen und Trinken für 55 M. zu kredenzieren. Weiden spiegelte er vor, Wankensinniger zu sein und am 1. Juli päpstlich zu werden, sobald er seinen Gehalt habe. Von da an ließ er sich aber nicht mehr sehen. Da er auch keine Schließliste hatte, war er schon mehrere Rächte in Kellern über Nacht geblieben. Bei einer solchen Wächtergelegenheit entdeckte er ein Fahrpad, er nahm es frei mit und verpackte es bei einem Gastwirt für 5 M. Denselben Tag wurde er verhaftet. Das Gericht billigte ihm auf Grund der großen Notlage und des offenen Geständnisses mildernde Umstände zu, erlachte auf 3 Monate Gefängnis und rechnete ihm die ganze Untersuchungszeit an.

Durch Not zum Kaufmann wurde der 34 jährige Kaufmann Albert Ferdinand Behler. Auf einer Geschäftsreise machte

er die Bekanntschaft eines Baumeisters aus der Gegend von Pulsnitz, woraus sich später seine Verlobung mit der in Trebsen als Schneiderin arbeitenden Tochter des Baumeisters entwickelte. G. fing ein Zubehörgeleit an, wozu ihm der künftige Schwiegervater ein Akzept von 1000 M. gab; dafür wollten die jungen Leute auf eine Auslieferung verzichten. Ein hiesiger Geschäftsmann diskontierte den Wechsel, aber als die Zeit herankam, konnte weder G. noch der Schwiegervater Geld schaffen. Die Waise und der Schwiegervater sahen sich gezwungen, die Sache zu prolongieren, nur wurden jetzt drei kleinere Wechsel über dieselbe Summe gemacht. Diesmal verzweigte der Schwiegervater aber keine Unterschrift. G. wählte sich nun nicht anders zu helfen als daß er den Namen des Schwiegervaters selbst auf die Papiere schrieb. Dadurch beging er schwere Urkundenfälschung und muß nun diese Straftat mit 5 Monaten Gefängnis büßen.

Oberkriegsgericht.

Die „Insubordinationen“ entstehen, zeigt wieder einmal folgender Fall. Am 5. Juni sah der Soldat Jentich vom 102. Infanterieregiment in Glatz müde und abgeplattet am Militärklub beim Essen des Militärs als Dienstkameraden ein. Da selbst das Essen beim Militär als Dienstkameraden wird und dabei alles framm zu gehen muß, befahl der Militär führende Sergeant dem Soldaten, sich „unabhängig“ hinzusetzen; dieser föhrierte auch sofort seine Stellung. Über damit war der Vorgesetzte nicht zufrieden. „Wenn ich mit Ihnen spreche, dann stehen Sie gefälligst auf und nehmen Sie Stellung“, schimpfte er den Soldaten an. Da die Bank sehr nahe am Tische stand, war es dem Soldaten fast unmöglich, aufzustehen, sich umzubringen und front zu machen, weshalb er den Befehl unbefolgt ließ. Als Jentich dann schließlich aufgestanden war, sagte der Vorgesetzte zu ihm: „Sie sind ein ganz achtungsloses Wehrmann, jetzt bleiben Sie hier stehen.“ Dies ist der Soldat, aber noch einiger Zeit entfernte er sich von seinem Platz, um sich seine Waise zu holen. Der Sergeant rief dem Soldaten zu, stehen zu bleiben; dieser hatte aber den Jutur bei der im Speiseaal herrschenden Unruhe nicht gehört. Nach einiger Zeit fielte der Vorgesetzte dem Untergebenen wegen seines Verhaltens zur Rede, dabei soll letzterer ein „unmilitärische, schlaffe und nachlässige“ Haltung eingenommen haben. Nach Ansicht des Sergeanten hat der Soldat trotz mehrfachen Wehris den Kopf nicht hoch genug genommen und die Hände nicht an die Hüften gelegt. In Wirklichkeit hatte Jentich den Kopf so hoch genommen, wie es ihm ging, und die Hände konnte er nicht anlegen, weil er in der einen das Kniegesteck und in der anderen seine Waise hatte. Schließlich soll der Soldat nach auf die Frage, wie er heiße, nur mit „Jentich“ antwortet haben. „Soldat Jentich“ geantwortet haben. „Dem Lausungen werde ich schon begreiflich machen, der soll daran denken“, hat der Sergeant danach geäußert. Wegen Beharrnis im Angehorsam und Achtungsverletzung vor veranmelter Mannschaft angeklagt, erklärte der Soldat, daß ihm eine Aufstellung gegen die Disziplin ferngelegen und er die Befehle so gut er konnte befolgt habe. Von einem Zeugen wurde bezeugt, daß es Jentich fast unmöglich war, front zu machen. Das Kriegsgericht erkannte auf die für diese Rappalle erdittante Strafe von 7 Wochen Gefängnis! Mit Rücksicht auf die „Unfähigkeit!“ Dabei hat das Gericht sogar noch einige Anklagepunkte nicht für gedeckt angesehen. Gegen das Urteil legte Jentich Berufung ein, um freigeprochen zu werden. Das Oberkriegsgericht bestätigte aber die Strafe als eine angemessene.

Der gesunde Menschenverstand wird dieses Urteil unbegreiflich finden. Denn es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es sich hier um eine jener berühmten „Schmidereien“ handelt, unter denen Soldaten häufig zu leiden haben. Es ist empörend, daß sich ein erkrankter Mensch von einem gleichzeitigen Schulbewerber wie ein Schulkind behandeln lassen muß, und dann außerdem noch hart bestraft wird.

11. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebearbeiter.

K. Hamburg, 16. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über den Verbandsbericht ist sehr ausgedehnt und lebhaft. Das Abkommen der Hauptvorstände nimmt dabei einen sehr breiten Raum ein. Von einzelnen Redner wird es verteidigt und erklärt, es habe den Kollegen großen Nutzen gebracht. Auf der anderen Seite werden aber zahlreiche Stimmen laut, die an dem Uebereinkommen Kritik üben.

Im übrigen heben wir aus der Debatte noch hervor:
Schuhmacher-Stuttgart wünscht, daß der Geschäftsbericht künftig früher erscheint. Er kritisiert, daß die Beschäftigung in der Tariffrage in Agitationssitzungen vorgenommen wurde.

Jell-Alt wünscht, daß das Hausleiter-system aufgehoben und das Bezugsleiter-system eingeführt wird.

Fieller-Wiesbaden: In der Damenkonfektion sei noch wenig erreicht worden. Es wäre gut, wenn hier zur Behebung der Agitation eine weibliche Kraft eingesetzt würde.

Frankfurt-Joseph-Verein schildert die Verhältnisse in der Wäschebänder. Es fehle der Zusammenhang mit den auswärtigen Filialen in den Orten, wo die Unternehmer die Arbeiten machen lassen, wenn in Berlin eine Bewegung stattfindet.

Meißner-Dolzbug: Das Westfalen müsse sein, im Erzgebirge bessere Verhältnisse zu schaffen, auf daß die dortigen Kollegen den Berliner keine Konkurrenz mehr machen. Es seien dort schon große Opfer gebracht worden, die Erfolge aber bisher ausgeblieben. Er habe aber die Hoffnung, daß auch im Erzgebirge noch Fortschritte gemacht werden. Meißner plädiert dann für die Annahme eines Antrages, der verlangt, daß während Verhandlungen die Lohnbewegungen die Ortsverwaltungen nach jeder fortgeführten Verhandlung sofort einen Bericht über das Resultat an den Vorstand einreichen, und der Vorstand allen in einer Lohnbewegung stehenden Filialen und den Hausleitern allwöchentlich eine Zusammenstellung des Ergebnisses der Verhandlungen übermitteln.

Groth-Stettin: Die Arbeitgeber haben Tarifbrüche über Tarifbrüche begangen. Darum glauben die Kollegen, daß sie daselbst tun könnten. Es hat bei und große Mühe gekostet, diese Kollegen zurückzuhalten. Die Unternehmer versuchen auf alle mögliche Art, den Kollegen ihre erworbenen Rechte wieder zu nehmen. Da muß man auf der Hut sein.

Meißner-Berlin, zweiter Vorsitzender des Verbandes, präsidiert die Stellung des Vorstandes zu den zahlreich vorliegenden Anträgen. Er glaubt, daß durch das Hausleitergericht die Differenzen schneller als bisher erledigt werden. Das Verlangen auf Stellung von Juristen solle man nicht durch Beschluß fesseln, dies sei keine dringliche, sondern eine taktische Frage. Durch das Tarifminister sei Ordnung geschaffen worden. Wenn bei Schiedsprüchen nicht allen Klägern Rechnung getragen worden sei, dann solle man bedenken, Wäschler Rechnung getragen worden sei, dann solle man bedenken, daß bei derartigen Verhandlungen gegenseitig Konzessionen gemacht werden müssen. Miras kritisiert dann das Verhalten der Stuttgarter Kollegen, die vor Ablauf des Tarifes in Streit eintreten wollten. Tarifverträge würden abgeschlossen, um sie zu halten. Wenn unsere Kollegen bei günstiger Geschäftslage ohne Rücksicht auf den bestehenden Tarif versuchen, durch Streit einen besseren Tarif zu erzielen, dann brauche man sich auch nicht zu wundern, wenn die Unternehmer in schlechten Zeiten daselbst in umgekehrter Sinne tun. Wenn eine weibliche Agitatoren angestellt werden soll, dann muß auch gefordert werden, für wen, für den Ort, den Gau oder das Reich? Miras bespricht dann die Wiesbadener Sache, die ja von allgemeiner Bedeutung ist. Der Hauptvorstand und der Vertrauensmann hätten die Zustimmung zur Ansetzung einer Bewegung in Wiesbaden nicht gegeben. Es sei trotzdem geschehen. Und dann, als die Forderungen von dem Schiedsgericht nicht akzeptiert worden sind, habe man sich dem Spruch nicht gefügt. Das müsse ganz entschieden beantragt werden. Der Vorstand habe die Streikunterstützung verweigern müssen, und er bitte, den Wiesbadener die Streikschuld nicht zu erlassen.

Es wird dann eine Kommission eingesetzt, der die vorliegenden Entwürfe übergeben werden.
In der weiteren Debatte wird von mehreren Rednern kritisiert, daß Frauen und Arbeiter von Parteigenossen und Gewerkschaftlern, die in der Branche tätig sind, der Organisation sehr abweisend gegenüber seien, und die Genossen sie nicht anhalten, dem Verbande beizutreten.
Kausch & Kühnlen schlägt dazu vor, mit entsprechenden Flugblättern bei den Parteigenossen und Gewerkschaftlern in dieser Hinsicht zu wirken. Er unterstützt des Weiteren einen Antrag Bremen, der den Vorstand braustragen will, zwecks Regelung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage mit dem Vorstand des „Adab“ baldigt in Verbindung zu treten.
Conseiler Joseph Frankfurt a. M. betont, man dürfe nicht fragen, was hat das Schiedsgerichtsverfahren dem einzelnen Erzie gebracht, sondern man müsse fragen, was es der gesamten Organisation gebracht hat. Man darf nicht sagen, unsere Filiale hat Nachteile gehabt, deshalb machen wir nicht mit. Es kann nicht bestritten werden, daß die gesamte Organisation von dem Schiedsgerichtsverfahren Vorteile gehabt hat. Man muß bedenken, daß in den entlegenen Orten gerechte Verhältnisse geschaffen wurden. Wir haben durch den Schiedsgerichtsvertrag drei Friedensjahre bekommen, die unzweifelhaft zum Nutzen unserer Organisation waren. Wir konnten für die einzelnen Branchen mehr tun und uns anderen Aufgaben zuwenden, als es sonst der Fall gewesen wäre.
Nachdem insgesamt 32 Redner zum Wort gekommen waren, wurden die Verhandlungen vertagt. In die Rednerliste sind zu diesem Punkte noch 24 Redner eingetragen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Kampf auf den Schiffswerften.

Die Situation hat sich nur wenig geändert. Die Streikenden und Unterstützer unterziehen sich willig den ihnen überworfenen Maßnahmen, und die Organisationen sorgen für die materielle Sicherstellung der Ersten ihrer Mitglieder und deren Angehörigen.
Die Fertigstellung der nunmehr brachliegenden Schiffbauten durch Streikbrecher möglich sein wird, ist noch sehr fraglich. — Erneute Verhandlungen einigter bürgerlicher Mäppter und Sozialpolitiker an die Adresse der Regierung und an Männer von „großem Einfluß“, doch la rechte bald Frieden zu stiften, machen anscheinend nicht den gewünschten Eindruck.

Wie empfindlich sich der Streik der Hamburger Werftarbeiter bemerkbar macht, ist aus den seit letzter Woche nachrichten zu sehen. Die früher stets in Hamburg ihre notwendigen Reparaturen vornahm, nunmehr das Ausland zu diesem Zwecke aussuchen müssen. Außer dem Dampfer Helios, der schon in der vorigen Woche nach Shields ging, um dort repariert zu werden, geht nunmehr auch der Dampfer Geesebünde wegen Schadens nach England. Der in Norderhagen durch Feuer schwer beschädigte Dampfer Starboard soll dort bleiben, um gleich an Ort und Stelle die nötigen Reparaturen vorzunehmen. Alle drei Schiffe gehören der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft an.

Wie bei allen großen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit zeigt sich auch bei der Werftarbeiterbewegung die Solidarität der übrigen Arbeitererschaft. Die Verwaltungsbüro Hamburg des Zentralverbandes der Schiffe nahm zum Streik der Werftarbeiter Stellung. Zur Verhandlung stand die Erhebung eines Beitrags, um die Streikenden und ausgepörrten Werftarbeiter recht tatkräftig unterstützen zu können. Ein Stimmung war man der Meinung, daß den Kollegen auf den Werften alle Sympathie zugewendet werden müsse. Anträge, die wöchentliche Beitragsbeiträge bis zur Höhe von 3 M. wünschten, fanden keine Annahme. Beschlossen wurde, vollständig auf die Dauer von sechs Wochen einen wöchentlichen Beitrag von 1 M. zu erheben.

Internationale Solidarität

Das parlamentarische Komitee der Trade-Unions hat, wie aus London gemeldet wird, in einer Resolution den deutschen Werftarbeitern die Sympathie ausgesprochen und an alle Mitglieder die Mahnung gerichtet, den deutschen Werftarbeitern jede finanzielle und sonstige Beihilfe gütlich werden zu lassen.

Sofales.

Richtung, Maurer!

Weber den Viktorbau Dietrich u. Co., Schlüterstraße 14 die Sperre verhängt worden. Die Sperre über Vorbe, Prinz-Regent-Strasse in Bismarck, dauert ebenfalls fort. Jeder organisierte Maurer hat diese Bauten zu meiden.

Kohlenpreis: Die Arbeitsverhältnisse in der Zigarettenfabrik Kantos.

Unser Artikel vom 5. August hat anscheinend den Herrn der Firma erregt. Sofort nach Erscheinen des Artikels wurde den Arbeitern der Firma verlangt, daß sie entweder aus der Organisation austreten oder aber ihre Arbeit aussetzen sollten. Obendrein schickte die Firma zu dem am Sonntag den 6. August stattfindenden Mitglieder-Versammlung des Tabakarbeiter-Verbandes zwei Vertreter, denen nach Lage der Sache freilich Zutritt nicht gewährt werden konnte. Sie trugen dann ab, um den Eingang ins Lokal von der Straße aus noch eine Hölle zu durchlaufen. Am folgenden Montag meldeten sich denn auch zwei Kollegen, die an der Versammlung teilgenommen hatten, als Arbeitslos. Tags darauf erschien der Geschäftsführer der Kantos, Herr Weier, im Bureau des Verbandes und legte eine Erklärung der noch im Betriebe befindlichen Arbeiter vor, wonach diese mit den Maßnahmen der Firma einverstanden seien und festhielten, daß die Differenzen hauptsächlich herbeigeführt seien. Wir sollten die Aufnahme dieser Erklärung in die Dresdener Volkszeitung veranlassen. Diese Zustimmung lehnten wir ab und ersuchten um Wiederherstellung der entlassenen Arbeiter, wobei wir uns bereit erklärten, in diesem Falle eine Notiz zu veröffentlichen, daß die Differenzen in der Kantos erledigt seien. Herr Weier ersuchte uns darauf, die Antwort der Firma zu erwarten, da der Chef der Firma jetzt bereits sei. Am Freitag trat dann folgende Antwort ein, die wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen:

In den Deutschen Tabakarbeiter-Verband!

Nachdem uns Ihr Verbandsmitglied... erklärte, daß die entlassenen Arbeitern... nach deren eigenen sowie nach den Angaben des Verbandsleiters Herrn Schmidt in unserer Fabrik auf Veranlassung des Verbandes untergebracht wurden, um sämtliche Arbeiterinnen unserer Fabrik für den Verband zu gewinnen, und nachdem diese Arbeiterinnen durch seitlich gehaltene Drohungen und nach dem Ausschickpersonal wie Meister und Direktor ihr Ziel zu erreichen suchten, kann besonders nach dem in der Volkszeitung erschienenen Nachartikel dieser Arbeiterinnen, von Wiederherstellung keine Rede sein.

Am Sonntag haben wir sofort nach Erscheinen des Artikels alle Verbandsmitglieder entlassen und werden trotz aller Maßnahmen des Verbandes die Sperre aufrecht erhalten.

Sollten Ihre Maßnahmen für unsere Betriebe während werden, werden wir Ihre Maßnahmen zum Arbeitsgeberverband vorzeitig und ohne weiteres staatsanwaltlich verfolgen, sobald Ihre Artikel schädlich wirken.

Ihre Drohung gegenüber, zu veröffentlichen, daß wir Rippen bearbeiteten, haben wir zu erklären, daß unser Betrieb unter staatsärztlicher Aufsicht steht, wir also nur ausländische Tabake, Fabrikationsweise verpacken, aber nicht für die Markenfabrikate verwenden. Es soll uns angenehm sein, wenn Sie dies veröffentlichen, da uns dies gegenüber den gemeinschaftlichen Betrieben nur nützlich sein kann.

Auf Ihr Angebot, daß Sie einen Gegenartikel lobenden Inhalts bringen würden, wenn wir nicht einziehen. Wir sind aber bereit, wieder einzuziehen, können wir nicht einziehen. Wir sind aber bereit, wenn Sie den Artikel zurückrufen die Sperre gegen die Verbandsmitglieder aufzuheben und dieselben, welche nach Erscheinen des

selben entlassen wurden, wieder einzustellen bezw. wieder behaltende Entlassungen einzufügen.

Es ist jedenfalls für Ihren Verband bezeichnend, daß Sie den Gegenartikel unserer gesamten Arbeitererschaft, welche geschlossen hinter der von der Betriebsleitung getroffenen Maßnahmen steht, nicht in die Volkszeitung aufgenommen haben. Der Austritt unserer übrigen Arbeitererschaft aus dem Verband aus der Verbandsleitung klar werden lassen, daß sie nur das Interesse derjenigen Personen betriffen, welche ganz gegen die Interessen der Arbeiter wirken.

Drohungen

ges. Ritzsche Tabak- und Zigarettenfabrik Kantos.
Der Brief spricht eigentlich für sich selbst.
Die Firma Ritzsche hat die Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen zu haben und droht obendrein noch weitere Entlassungen an. Sie will aber gleichzeitig darauf verzichten, wenn wir den Artikel in der Volkszeitung widerrufen, wozu wir durchaus keine Ursache haben.

Wenn aber durch betriebsorganisatorische Maßnahmen der Firma ein geschäftlicher Schaden erweisen sollte, wird sie „ohne weiteres staatsanwaltlich vorgehen“. Die Firma scheint zu glauben, daß es Aufgabe der Staatsanwaltschaft ist, ihren Klauf an Fabriken zu fördern. Das ihr eigenes Vorgehen den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Konfliktrecht raubt, scheint die Firma für durchaus einwandfrei zu halten.

Der Austritt der Arbeiter aus der Organisation wurde von der Firma verlangt mit der Erklärung, daß sie andernfalls entlassen würden. Damit kann also nichts weiter als die Organisationsfeindschaft der Firma bewiesen werden. Auch die Behauptung der Firma: wir hätten die Arbeiterinnen in ihren Betrieb dirigiert, um dort die Organisation für den Verband zu betreiben, steht mit den Tatsachen in gar zu argem Widerspruch. In Wahrheit sind sämtliche Entlassenen mit einer Ausnahme erst Mitglieder des Verbandes geworden, nachdem sie längst im Betriebe der Kantos beschäftigt waren.

Um der Firma jedoch keine Ursache zu weiteren betriebsorganisatorischen Maßnahmen zu geben, weisen wir darauf hin, daß der Betrieb der Kantos bis zur Beilegung der Differenzen für organisierte Arbeiter gesperrt ist. Vor Annahme von Arbeit bei dieser Firma wollen wir uns in allen Fällen erst im Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Nitzbergstraße 2, 2., erkundigen.

Ans der Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Tagelöhner in Pirna.
Die Firma Friedrich Hädel in Coply bewilligte am 16. August unseren Tarif. Es nahmen Mittwoch den 17. August alle dort beschäftigten Kollegen die Arbeit wieder auf. Die Meister Köhler, Trube, Schilling und Krieger folgten sich bis jetzt den Tarif anerkennen. Der größte Teil der Kollegen, die noch ausständig sind, ist bereits abgereist. So daß nur noch die knappe Hälfte der streikenden Kollegen am Orte ist.

Zugung ist noch wie vor strengstens fernzuhalten.

Inland.

Lohnbewegungen.
Die Löhner in Leipzig haben am Mittwoch wegen Nichtanerkennung des Tarifs durch die Unternehmer die Arbeit niedergelegt.
Das internationale Gewerkschaftssekretariat erklärt die dringende Aufforderung an die Metallarbeiter, nicht nach Worms in der Provinz Pisa in Italien zu gehen. Dort sind 3000 Hüttenarbeiter ausgepörrt, weil sie Lohnherdigung verlangten. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln Streikbrecher aus dem Auslande, speziell aus Deutschland, zu importieren.

Neues aus aller Welt.

Luftschiffahrt.

Berlin, 17. August. Von Augenzeugen wird gemeldet, daß gegen 11 Uhr Vormittags in einer mit hohen Wolken und Nichtvorhandensein der Sonne ein von dem Berliner Ballon abgehirtet sei. Die Gondel sei mit außerordentlicher Schönheit zur Erde gefallen und die Ballonstämme hinterher. Der zuständige Oberbefehlshaber der Reichsfliegerverbände ließ während des ganzen Nachmittags bis in die späten Abendstunden hinein das Gelände abfliegen, jedoch ohne Erfolg. Auch in Bitterfeld war der Ballon beobachtet worden. Die dortigen Mannschaften beteiligten sich an den Nachforschungen, die wegen der sehr großen Ausdehnung der Reichsflieger Verände außerordentlich erschwert sind.

Frankfurt a. M., 17. August. Heute morgen kurz vor 6 Uhr startete zum Lieberlandflug Frankfurt a. M. — Mannheim der Kolonial Robert Thelen. An Bord seines Flugapparates befand sich der Kolonialer Herrmann. In der Nähe von Weissenau bei Mainz mußte eine vorzeitige Landung vorgenommen werden, da ein Motordefekt sich eingestellt hatte. Die Landung ging glatt vonstatten. Um 12 Uhr mittags war die Verbesserung an dem Motor beendet und beide Kolonialer setzten den Lieberlandflug nach Mannheim fort. Sie gingen sofort in eine Höhe von 300—400 Metern, erreichten Weissenau, umflogen den Kirchort mehrmals und flogen dann wieder auf Mannheim zu.

Frankfurt a. M., 17. August. Um 6 Uhr 4 Min. flieg Venzler zum Lieberlandflug Frankfurt a. M. — Mannheim in der Richtung nach Mainz zu auf. Um 6 Uhr 24 Min. kam Venzler über Mainz in einer Höhe von 300 Metern an. Er flog über den Rhein und nahm die Richtung auf den großen Sand, wo er um 6 Uhr 33 Min. landete. Um 6 Uhr 45 Min. von Giesheim a. Rh., wo er eine abermalige Landung vornahm, in der Richtung nach Worms — Mannheim wieder aufgestiegen. Die Kolonialer Wagner und B. wurden auch ebenfalls wie Joanni, der gleichfalls ausgeflogen war, nach kurzem Flug wieder auf dem Flugfeld landen. Von diesen drei flog um 6 1/2 Uhr nach Jeanin zum Lieberlandflug nach Mannheim wieder auf.

Paris, 17. August. Nach der offiziellen Klassifizierung wurde die heutige letzte Gruppe der Fliegerumflieger durch Orléans, Amiens — Paris, von 2 bis 4 in 1 Stunde 46 Min. 57 Sec. und von Audrum in 1 Stunde 54 Min. 1 Sec. zurückgelegt. Die Gesamtzeiten der beiden sind 12 Stunden — Min. 56 Sec. bzw. 13 Stunden 25 Min. 15 Sec. Leb lauc gewinnt den Preis von 2000 Fr. im Betrag von 100 000 Franc., 5 Terte Preise und 2 Zweite Preise für Einzelstapfen, im ganzen 127 000 Franc. Audrum gewinnt nur Preise für Einzelstapfen, von 13 000 Franc.

London, 17. August. Volkant, ein junger Spanier, unternahm ebenfalls einen Versuch, von Paris nach London zu fliegen. Er ging von Mylles-Moulineux ab und landete zuerst in Amiens. Heute früh um 5 Uhr 43 Min. flog er dort auf seiner Viermotormaschine mit seinem Mechaniker als Passagier wieder ab und traf mit diesem um 7 Uhr 15 Min. in Calais ein. Dort wartete er auf einen Doppeldecker, der ihn über den Kanal begleiten sollte, und flog um 10 Uhr 45 Min. nach Dover ab, wo er um 11 Uhr 47 Min. landete. Volkant hat bisher nur fünf öffentliche Flüge ausgeführt, sein Wagnis erscheint daher um so höher.

London, 17. August. Der Flieger Volkant ist in Tilsmanstone nahe bei Dover gelandet und wird den Flug nach London wegen des ungünstigen Wetters erst morgen früh fortsetzen.

Rath der Katastrophen.

Wittell, 17. August. Die Untersuchung über die Brandursache nimmt immer größeren Umfang an. Die Gerichtsbehörden haben jetzt eine größere Anzahl von Sachverständigen zugezogen. Man scheint tatsächlich die Untersuchung so zu führen, als ob eine Brandstiftung vorliege.

Wittell, 17. August. Heber die Dastpflicht des Ausschusses gegen die Ausstellung erisipmt sich jetzt eine sehr heftige Prekopolemik. Der liberale Welt Blau bringt von ausländischer Seite

heute juristische Ausführungen über die Frage, es wird in einem Artikel ausgeführt, daß am 12. Oktober 1907 die Ausstellungsgesellschaft mit dem belgischen Staat ein Übereinkommen getroffen habe, dahingehend, daß die Gesellschaft der Regierung im Falle von Bränden, Unfälle, Explosionen und Explosionen nicht verantwortlich sei, so abgelehnt werden soll, daß die Ausstellung keinen Rückhalt mehr in die Regierung, noch an die Gesellschaft hätten und jeder einzelne der erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen ergreifen müsse. Nach dem abgeschlossenen Vertrag mit den Ausstellern hat der Ausschuss das Recht des Entlassens auf der Ausstellung, aber absolut keine Verpflichtungen.

In den juristischen Ausführungen des „Welt Blau“ wird vorgelegt, daß ein detarierter Vertrag keine Gültigkeit habe. In habe am 22. Februar 1900 durch Urteil festgestellt, daß zwischen Kontrahenten kein Vertrag abgeschlossen werden könne, der ihnen Vergeben von vornherein jede Spitze dadurch abnehme, daß ihre Verantwortung abgelehnt wird. Das Zustellungsstatut mit dem Ausschuss sei also unter allen Umständen regrechtfertigt.

Zu anderen Mäpfern wird ausgeführt, daß das Komitee zu viel Wert auf Repräsentation gelegt habe, sich zu sehr auf Wankereien feierten und darüber seine Pflichten vergaß.

Wittell, 17. August. Erst jetzt überzieht man die außerordentlich zahlreichen Beschwerden, die auf der Ausstellung vorgekommen sind. Man vermißt u. a. drei wertvolle Wreschen, 100 perlenbesetzte Kolliers, 60 Kravattennadeln, 200 goldene Ringe, fünf die gleiche Anzahl goldener Uhren, ein Diadem mit drei Brillanten eine Uhr im Werte von 20 000 Franc. Abhanden gekommen ist ferner eine außerordentlich wertvolle Kränzenammlung, die alle aus französischen Geldes von den Seiten der Galler bis zur Gegenwart enthielt. Western wurden wieder drei Personen verhaftet, die die Diebstahls verdächtig sind, zwei Diener der Ausstellung und ein Kolner. Einer der Verhafteten ist ein Deutscher.

Wittell, 17. August. Man arbeitet mit Vollkraft, um die Ausstellung wieder zu ergötzen. Bis Ende des Monats ist das Vorbereitet sein. Und da die Monate September und Oktober die Ausstellung gemächlich die sonnigsten und schönsten des ganzen Jahres sind, auch stets den größten Fremdenverkehr haben, so wird die Ausstellung, die bis Mitte November geöffnet bleiben soll, noch eine zweite Glanzperiode beschließen sein. Gestern fand ein Kabinett statt, worin festgesetzt wurde, daß die belgische Regierung eine feststehende Verantwortlichkeit für den Schaden nicht habe, und die Ausstellungsgesellschaft nur für ihr Kapital von zwei Millionen Franc. herangezogen werden könne. Durch diese Ereignisse wird auch die Frage der Organisation der Ausstellung von Wittell mit neuem zur Diskussion gebracht. Wittell besteht aus einem Bündel kleiner Gemeinden, die ihre eigene Verwaltung haben. Es ist bisher infolge von politischen Gegensätzen trotz vieler Anstrengungen nicht möglich gewesen, ein gemeinschaftliches Groß-Komitee zustande zu bringen, um so sehr wichtige Entscheidungen, wie das Feuerlöschwesen in einheitlicher und effektiver Weise zu organisieren.

Leipzig, 17. August. Der Brand der Witteller Weltausstellung hat, wenn nicht direkt, so doch unmittelbar den Tod eines Deutschen herbeigeführt. Der Obermonteur Wilhelm Thomsen, der bei der Firma „Atlas“, Köhler u. Co., in Leipzig-Gölttergäßchen tätig war, fand mit mehreren anderen Personen auf der Plattform eines Wagens auf dem Marktbergener Hof in Wittell, um dem Brände der Weltausstellung zu helfen. Hierbei stürzte er vom Dach und erlitt so schwere Verletzungen, daß er zwei Stunden darauf starb.

Berlin, 17. August. Der Anabenmord im Inneren hat durch seine Aufklärung gefunden. Es handelt sich um die Tat des erkrankend geisteskranken Arbeiters Schmalke aus Weisenau, der sein Kind durch Nadel dergleichte und dann selbst Hand an sich legen wollte. Schmalke stellte sich gestern in Richterfessel der Polizei; er wurde verhaftet und wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Berlin, 17. August. Der Rest der 40. Gemeindefolge Post und der mit ihm unter dem Verdachte des Briefstahlbetrügens verhaftete Lehrer Rudolf haben ein neues Geschick um Helmstedt einreichen lassen, wobei sie eine Kaution von 25 000 M. gestellt haben. Das Geschick ist mit der Begründung abgelehnt worden, daß sich das Verdictmaterial gegen beide durch den Gang der Untersuchung zu sehr gefügt habe.

Kiel, 17. August. Beim Gabelschiff vor der Kieler Jütte kollidierte in der letzten Nacht das Torpedoboot S 78, ein Doppeldecker der Hochseeflotte, mit dem Torpedoboot S 32, das als Tender der Artillerieinspektion dient. Beide Boote wurden von Maschinenfeuern gefährt. Die Kollision war, wie die Kieler Nachrichten berichten, so mäßig, daß beide Boote sanken. Die Besatzungen konnten von den in der Nähe über den Kreuzen Tangen und Umlinge gesetzt werden, so daß kein Menschenleben bei dem Unfall verloren gegangen ist.

Stettin, 17. August. Dem Käufer Mohr ist nachgewiesen worden, daß er für den Lieberfall auf das Vulkanorenpaar Verboten vorher eine Bromvingtillafe gekauft habe. Diese Vermittlung ist wichtig, weil die Ermordeten mit einem Bromwingtillafe erschossen worden sind. Es sind noch weitere schwere Befragungen gegen ihn herbeigeföhrt.

Schleswig, 17. August. In Jolge wurde die 21jährige Hedwig Bilsch in ihrer eierlichen Wohnung berrgheit aufgefunden. Die Eltern sowie der Bruder der Toten wurden in Post genann. Anscheinend handelt es sich um ein rätselhaftes Familiendrama.

Schwabmühle, 17. August. Im Kochbarocke Wohnabschitte wurde der Werftarbeiter August Darß von der Straßenbahn überfahren, als er die Anoden, die ihn wegen seiner Trunkenheit verhöhnten, des folgen wollte. Sein rechtes Bein wurde gebrochen. Er wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht, wo er sich einer Operation unterziehen mußte. Bald nach derselben verstarb der Mann unter großer Schmerzen.

Hessinghausen, 17. August. Durch eine Schlagwetterexplosion auf der Zeche Ludwig wurde ein Arbeiter getötet. Drei andere wurden verwundet.

Dresdner Polizeibericht vom 18. August.

Am 17. August ist in der Südborstadt eine Frauendiebstahl dabei betroffen worden, wie sie von einer Voranläuferin weg das Kriechfeld gestohlen hat. In ihrem Besitze wurde später noch eine Anzahl Briefstahlbestände vorgefunden, die sie innerhalb der letzten drei Monate in mehreren Häusern der Südborstadt gestohlen hat. Da Angaben hierüber nicht ergangen sind, so werden etwaige Anschuldigungen erst, sich in der Kriminalabteilung, Zimmer 37, vorläufig als Verdacht anhängen, zu meiden.

Ein Selbstmordanschlag ist in der Nacht vom 18. August im Kontor einer Möbelfabrik, Plataner Straße 68, verübt worden. Der Täter hat sich verunfallt mittelst Rasiermessers im Gang in die Räume verbracht und den dort befindlichen Tisch geplatzt. Der Tisch ist durch das Messer eingestürzt und hat sich in die Höhe geworfen. Die Werkzeuge die Werkzeugkasten aufgefunden und durch die Schläger freigelegt hat. Die in den Wänden befindlichen Holzwerke sind entfernt worden. Der Täter hat sich im Bett bei dieser Arbeit selbst sehr hart mit Arbeit beschmutzt. Durch seine zur Ermittlung erbitte der Kriminalabteilung. Demjenigen, durch dessen Angaben es gelingt, den Täter habhaft zu werden, wird selbst ein Betrag von 500 Mark in Aussicht genommen, die dem Täter erst nach der Verurteilung zugesendet werden.

Verkehrshaus für Preußen.
Gewerkschaftsartikel Dresden. Versammlung am 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. August. Tagung im Volkshaus.

Wiederholungen der ersten Nummer. Wärdig war eine von diesen „Kunstwerke“, nämlich in einem Teil der ...

Erkunde Das jüngste Nordamerika. Die ...

Chemie Ein neues Metall. Es ist eine sorgfältige ...

Strome Mitteilungen Beim stromatischen ...

Im der Ausstellung der Wändner ...

... mit einem ...

Neue Wälder Die von ...

Dresdner Kalender

Theater, Repertoire vom 18. August Opernhaus ...

Die Arbeitergruppe ...

VVK Der Dresdner ...

Der Dresdner ...

Jugend-Bildungsverein ...

Petöfi

Schmerz ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

... nicht ...

Die Stelle ...

Wenn der Philipp ...

Und außerdem ...

Die alte ...

Man, er hatte ...

Man kann ...

Da hatte er ...

Was? Was? Was? ...

Da hat er ...

Über der ...

man ...

Das ...

Das ...

Das ...

Man ...

Das ...

Das ...

Das ...

Die ...

Und ...

Werden ...

Heier ...

Man ...

Das ...

Das ...

Man ...

Man ...

Man ...

Man ...

Man ...

Man ...

Urania

Verkehrsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Verkaufsgesellschaft Dresden-Gottsch

Erscheint 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Dresden-Stadt

Matrapas

Alkoholfreie Getränke

Verlangt überall Cipriat

Badanstalten

Bäcker u. Konditorei

Damen

Beerdigungsanstalt

Pflicht u. Helmkehr

Eberl-Bräu

Radeberger Pilsener

Feldschlösschen

Cacao, Schokolad., Tee

Selbmann's Cacao

KIOS

Emil Berge

Epirus Cigaretten

Imperial

Kessler, A.

Drogen u. Farben

Ernst Dressler

O. Haschke

Reinh. Sonntag

W. Kelling

Floischereien, Wurstwaren

Gelegenheitskäufe

Haus- u. Küchengeräte

Erbstößer & Haubert

Kaufhaus Steinhart

Haus- u. Lohnwäsch.

Herren-Artikel

Ernst Dressler

O. Wenk

Bauer & Haase

Gerling & Rockstroh

Landprodukte

Lederhandlungen

Linol., Tapet., Wacht.

Th. Pusch

Haller

Möbelmagazine

A. Hey

Möbel-Haus Centrum

Molkereiprodukte

A. Bargholdt

Schuhw., Schuhmach.

Theophil Just

Mehlhorn's

Süd- u. Fruchtwelne

Uhren- u. Goldwaren

Rich. Eck

Victor Neumann

Carl Bauer

Pieschner Kaufhaus

Warenhäuser

Wirtschaftl. Etabliss.



Kosmos Cigaretten

ÄHNE

Brauerei Döhlen

Gorbitz

Neu-Gruba

Hainsberg

Leubau

O. Hentschel

Leutewitz

Leutewitz

Niedersiedlitz

Niederpeterwitz

Niedersiedlitz

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses siehe nächste Seite.

Table listing various businesses and their locations, including 'Fotokoppel, Fortsetzung', 'Central-Theater', 'Carl Paul', 'Horn-Fischer', 'P. Morgenstern', 'Rudolf Lederer', 'Manna', 'Guido Wünsche', 'Max Guhr', 'Th. Oswald', 'Albert Möhlus', 'O. Thomas', 'Horn. May', 'Metropol-Theater', 'Vogel's Nacht', 'Richard Förster', 'Osw. Zschunke', 'Radebeul', 'Schmiedeberg', 'Tharandt', and 'Wilsdruf'.



Table listing addresses and phone numbers for E. Paschky, including 'Pillnitzer Str. 14', 'Wettinerstraße 4', 'Bismarckplatz 13', 'Köllnerstraße 12', 'Wettinerstraße 11', 'Wartbaur Str. 14', 'Wittenhauerstr. 24', 'Keffeldorfer Str. 47', 'Wettinerstraße 17', 'Noienstraße 43', 'Ochsenstraße 27', 'Fornauer Straße 40', 'Trompeterstraße 5', 'Keffeldorfer Str. 18'.

Die wichtigste Nahrung bei den hohen Fleischpreisen sind frische Seefische.

Fischpreise sehr niedrig

- List of fish products and prices: Seelachs ohne Kopf (15 Pf.), Goldbarsch ohne Kopf (15 Pf.), Kabljau ohne Kopf (18 Pf.), Schellfisch (20 Pf.), Schellfisch ohne Kopf (20 Pf.), Austernfisch ohne Kopf (20 Pf.), Kieler Sprottpöcklinge, Neue breitschalige Tafel-Senfurken.

Makronen-, Leb- u. Honigkuchenfabrik (Elektrischer Betrieb.) Paul Bock, Niederpösterwitz, Bezirk Dresden.

Möbel Curt Wilkerling, Fieschen, Mohenstr. 2.

Endlich bin ich ihn los. Bandwurm mit Koff (Zbul. und Madenwürmer) befreit meist binnen zwei Stunden leicht und vollständig gefahrlos ohne Verursachung des unschädlichen natürlichen.

Gloria-Bandwurmmitel keine unangenehmen Nachwirkungen, keine Lungenkur, nicht angreifend und ohne Nachteil, auch wenn Bandwurm nur vermutet wird.

Kölschenbroda! Risch-Göge! Vogelwiese!

Jch suche für einige Fabriken Erfindungen u. besorge Schutz u. Verkauf. Patenting. Hülsmann Dresden.

Meine Stiefel sind defekt. Wo soll ich sie beschaffen? In das Spezialgeschäft für Schuhreparatur von R. Herrmann.

Rad Freilauf, elegant, wie neu, herkömmlich, felt. bill. verb. Heusenwiger Straße 22, 1. 1.

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein, A.-G. Beste neue schottische Vollheringe. Beste Liegnitzer neue saure Gurken. Neue Senfgurken, sehr fein gewürzt, Pfund 50 Pf. Neues Sauerkraut, Pfund 7 Pf. Gutkochende neue Kartoffeln, Pfund 4 Pf., 3 Pfund 11 Pf., 10 Pfund 34 Pf. Neue Speisezwiebeln, Pfund 8 Pf. Auf vorstehende Preise 6 Prozent Rabatt in Marken.

Verlag Raden & Komp., Dresden Zwingerstraße Nr. 12. Soeben erschienen: Parvus: Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reiche: 68 Seiten 8° Preis 50 Pf.

Salonbriketts Heizkräftige gute Ware, diese Woche eintreffend. 4000 Stück für 23,50 M., 1000 Stück für 6,25 M. franco Haus nur gegen Kasse liefert L. Kramer, Großenhainer Straße 117, Telefon Nr. 2380.

Multerspritzen mit 2 Kanülen von 1,75 M. an. Spüllösungen, Seidbinden, Menstruationsbeutel, Verfallsbinden u. dergl. Frauen-Artikel Preisliste gratis. Auf Verlangen Frau Heusinger, 37 Am See 37, 54. Pappelbühlener Platz. Man achte auf die Firma.

Herren-Wäsche Krawatten, blaue Anzüge laßt man am liebsten bei E. Köhler, Am See 13. Frauen-Tee Paket 75 Pf. R. Freisleben Postplatz. Strümpfe, Unterhosen, Sweaters etc. bill. - 1 Wäsche, umsonst, Breit, arat. u. fr. Hob. Tisch, Gelman. Gewissen-Uhren Kodex 75 Pf., Relingens 1 M. nur Drohgassee 1a, 1. Etage. Tischler zum Polieren von Nähmaschinen gelocht; auch abend. Maternstraße 19, pt. r. Karli Schneider u. Wiederverkäufer Herren-Anzugsstoffe Partierware, besonders preiswert. Tischler Karl Lamprecht Wilsdruffer Straße 2, 1. Arbeiter und Steinbrecher werden im Steinbruch Oberbretschow sofort gesucht. Köhler.

Henriette Sämisch Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau, unserer guten Mutter. Dresden-Teichau, Leipziger Straße 270. Tragott Sämisch u. Kinder.

Zimmerer werden angenommen. Baummeister Grotz, Teuben.

Vierter Wahlkreis - Gruppe Rähnitz. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Handarbeiter August Beckel an Herzschlag im Alter von 42 Jahren plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittags 6 Uhr beim Trauerhause aus statt. Um zahlreichere Beteiligung bittet die Gruppenverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Dresden. Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Bohrer Gustav Max Heinrich, Löbtau am 6. August verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! Die Ortsverwaltung.

Erna Jurildgelehrte vom Grade unserer lieben, unbegräbten Tochter. Sagen wir allen lieben Freunden und Bekannten für die Teilnahme und reichen Blumenpenden unseren besten Dank. Gleichzeitigen Herrn Pfarrer Wolf für seine tröstlichen Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank. In tiefstem Schmerz Familie Schumann. Dresden-R., am 10. August 1910. Gelgolanderstr. 12, 1.

Lorenz's Restauration Zur goldenen Quelle, Hellmichstr. 48. A. Grahl's Restaurant, Laubegast, Reudener Str. 25. H. Löffler, Wilsdr. 9.

Frauen gebrauchen bei Störung der Menstruationen...

Menstruationsmittel. Fraus... Diejenigen Herren u. Damen, die Montag, nachts 12 Uhr 10 Min. auf der Leipziger Vogelesche 14 Verunreinigung des Hofes mit dem Angriff des Herrn...

Achtung! Diejenigen Herren u. Damen, die Montag, nachts 12 Uhr 10 Min. auf der Leipziger Vogelesche 14 Verunreinigung des Hofes mit dem Angriff des Herrn...

Menstruationsmittel. Fraus... Diejenigen Herren u. Damen, die Montag, nachts 12 Uhr 10 Min. auf der Leipziger Vogelesche 14 Verunreinigung des Hofes mit dem Angriff des Herrn...

Vertical text on the right edge of the page, including 'Abonnement' and 'Dir. 19'.